1934 – 1945

Der Sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nr. 4—9 April—September 1958 1 Schilling

Otto Bauer

Vor zwanzig Jahren, in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli 1938, starb in einem unfreundlichen Mietzimmer in der Rue Turgot in Paris Otto Bauer, der ins Exil gegangene geistige Führer der österreichischen Sozialisten. Er war 1881 in Böhmen geboren, hatte in Wien studiert und war als Student in die sozialistische Bewegung gekommen. Mit 26 Jahren schrieb er sein erstes großes Werk, „Die Nationalitätenfrage", das Victor Adler veranlaßte, Bauer sogleich zur engsten Mitarbeit heranzuziehen: Er wurde Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Bauer war niemals von einem falschen „Führer"-tum erfüllt, und er war noch weniger ein anmaßender Lehrer oder Erzieher. Er war vielmehr ein Mensch, der immer größer wurde, je näher man ihm kam, und er wurde nicht groß durch Amt oder Titel oder äußerliche Würden, sondern durch seine geistige und seelische Größe. Das wußte jeder, der vor 1934 als kleiner Jugendvertrauensmann oder als Betriebsrat zu ihm kam, jeder, der ihn dann in Brünn oder im Exil kennenlernte, der als illegaler Funktionär aus Österreich zu ihm kam. Aber auch jeder Emigrant wußte es, der mit Ideen und Beschwerden oder mit Kritik und Angriffen zu ihm kam. So war Bauer der Lehrer und Erzieher einer ganzen Generation sozialdemokratischer Vertrauensmänner geworden.

Die meisten heute führenden Vertrauensmänner der Sozialistischen Partei und viele sozialistische Gewerkschafter sind durch die Schule Otto Bauers gegangen. Sie alle haben gelernt, eine geistlose und seelenlose Routine zu vermeiden, gelernt, zu lernen, lernen und wieder zu lernen, selbst zu denken und sich ein eigenes Urteil zu bilden.

In seinen letzten Schriften, schon im Exil, in der Arbeit an den Problemen, die der siegreiche Faschismus der unterlegenen sozialistischen Bewegung aufgegeben hatte, in der Vorbereitung der künftigen Befreiung, sprach Otto Bauer von der „Partei im großen historischen Sinne". Er erinnerte an dieses Wort von Marx und zeigte, daß die Partei als geistig-gesellschaftliche Bewegung, aus kleinsten Anfängen in der alten Monarchie entstanden, schließlich als tragende Kraft die Erste Republik aufgebaut hatte. Wieder zurückgeworfen, besiegt, in die Katakomben der Illegalität verbannt, besteht sie weiter — in den kleinsten Widerstandszellen, und den letzten Außenposten des Exils. Wie immer auch die äußeren Formen ausgesehen haben mögen, Otto Bauer zeigte die ungebrochene Kontinuität dieser Partei. Sie mag ein gewaltiger Wahlapparat, eine machtvolle Verwaltungsmaschine oder ein kleiner Zirkel von wenigen Gehetzten und Verfolgten in der Illegalität sein; es war immer dieselbe Partei, der organisierte, bewußt sozialistische Teil der menschlichen Gesellschaft, als Keimzelle der kommenden historischen Entwicklung. Und diese geistige Erziehungsarbeit, die Bauer hier geleistet hat, war eine der Grundlagen dafür, daß unsere Partei ihre Kontinuität im großen historischen Sinn bewahrt hat.

Otto Bauers geschichtliche Leistung war die Formung und Festigung eines sozialistischen Kaders, der in diesem kleinen Land Österreich die große Sozialistische Partei zu formen vermocht hat. Er hatte das Hauptverdienst an der Geltung, die der österreichische Sozialismus in der Internationale, aber auch der Geltung, die Österreich in der Welt des Geistes gewinnen konnte.

So ist die Persönlichkeit Otto Bauers untrennbar verbunden mit der Geschichte der Ersten Republik, mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse, der geistigen Reife der Sozialdemokratie und der Entwicklung der Internationale. Er hatte den stärksten Einfluß, den ein Mensch überhaupt gewinnen kann — geistigen Einfluß und wurde so einer der Baumeister des demokratischen, des freiheitlichen Sozialismus.

Das Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz

Für Kriegsschäden kann Österreich nicht im vollen Umfang Entschädigung leisten. Zum Unterschied von Artikel 24 des Staatsvertrages, der Österreich zum Ersatz für Besatzungsschäden verpflichtet, liegt für den Ersatz von Kriegsschäden auch nur eine moralische, aber keine juristische Verpflichtung Österreichs vor. Eine volle Entschädigung würde die Leistungskraft des Staates um ein Vielfaches übersteigen.

Durch das Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz wird vorgesorgt, daß ein teilweiser Ersatz für den Verlust von Wohnungseinrichtung und Hausrat infolge politischer Verfolgung durch das autoritäre Regime oder den Nationalsozialismus beziehungsweise durch Kriegseinwirkung in der Zeit zwischen 6. März 1933 und 10. September 1945 geleistet wird.

Ebenso erhalten kleine Gewerbetreibende und Selbständige eine Entschädigung für verlorenes Berufsinventar bis zu 25.000 Schilling im Einzelfall. In Härtefällen kann eine Entschädigung bis zu 50.000 Schilling gewährt werden.

Für verlorengegangenen oder zerstörten Hausrat werden Entschädigungen bis zu 15.000 Schilling im Einzelfall gewährt werden. (Die Entschädigung für die zerstörte Einrichtung einer Zimmer-und-Küche-Wohnung wird zum Beispiel bei einer Familie mit zwei Kindern 6480 Schilling betragen. Hat die Wohnung aus zwei Zimmern, Kabinett und Nebenräumen bestanden, wird sich die Entschädigung bei einer Familie mit zwei Kindern auf 12.960 Schilling belaufen.) Wiederbeschaffung von Wohnraum fällt nicht unter das Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz, da dafür schon vor zehn Jahren das Wohnbauwiederaufbaugesetz geschaffen worden ist.

Die Ansprüche nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz sind bei den Finanzlandesdirektionen anzumelden. Kommt keine Einigung über die Entschädigungen zustande, so entscheidet die Bundesentschädigungskommission.

Durch das Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz wird einer großen Anzahl der durch den Krieg am schwersten betroffenen Mitbürger jedenfalls ein Beitrag zur Überwindung von Kriegsschäden geleistet, der in sehr vielen Fällen eine beträchtliche Hilfe darstellen wird.

Die Bedeutung dieser Gesetze

Die Entschädigungsgesetze wurden in einem parlamentarischen Ausschuß, bestehend aus acht Abgeordneten der beiden Regierungsparteien, beraten und ausgearbeitet. Dieser Achterausschuß hat seit seiner Bildung Anfang dieses Jahres sachliche und fleißige Arbeit verrichtet.

Wenn unsere Volksvertretung nun diese drei wichtigen Gesetze beschlossen hat, durch welche die Gemeinschaft Hilfe für die Opfer des Krieges und der Besatzung zu leisten versucht, so soll an folgendes erinnert werden:

Als nach dem ersten Weltkrieg dreizehn Jahre vergangen waren, war die Erste Republik bereits tödlich in Wirtschaftskrise und Bürgerkrieg verstrickt, in dem sie schließlich untergehen sollte.

In den Jahren nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt (1931) gab es nur Gesetze, mit denen die Leistungen der Gemeinschaft an ihre Mitglieder empfindlich gekürzt wurden. Man lese im Bundesgesetzblatt der Jahre 1931 und 1932 nach, welche Gesetze vom Nationalrat beschlossen wurden. Damals gab es nur Budgetsanierungsgesetze, Gesetze über Ersparungs- und Abbaumaßnahmen, Gehaltskürzungen und Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung.

1931 und 1932 hatte der Staat weder die Kraft noch die Möglichkeit, an Hilfsmaßnahmen für die auch damals zahlreichen Opfer des ersten Weltkrieges zu denken oder Wunden zu heilen, die der erste Weltkrieg geschlagen hatte. Diesmal ist es doch anders: Jetzt liegen Gesetze vor, die vielen hunderttausenden Mitbürgern Hilfe bringen werden, wenn es auch Hilfe ist, die sich in den Grenzen hält, die die finanzielle Leistungskraft des Staates zieht.

Auf Grund des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes werden rund 350.000 Mitbürger und ihre Familien wenigstens teilweisen Ersatz für durch Krieg oder politische Verfolgung verlorene Wohnungseinrichtung und Hausrat erhalten können. Beiträge bis zu 15.000 Schilling im Einzelfall werden steuerfrei geleistet werden.

Für den Verlust von Berufsinventar wird kleinen Gewerbetreibenden und selbständig Berufstätigen Ersatz bis zu 25.000 Schilling, in Härtefällen bis zu 50.000 Schilling geleistet werden.

Natürlich ist es nur Hilfe, die durch die vorliegenden Gesetze geleistet wird. Jeder, der im Leben steht, weiß, daß es weder völlige Wiedergutmachung gibt — wie sollten alle die Opfer an Gesundheit und Leben, die Krieg und Nachkriegszeit gefordert haben, wirklich wiedergutgemacht werden oder „entschädigt" werden können — noch auch, daß der Staat in der Lage ist, allen materiellen Schaden der Kriegs- und Nachkriegsgeschädigten zu ersetzen.

Wir müssen allen Kritikern dieser Gesetze in aller Offenheit sagen: Volle materielle Entschädigung kann der Staat nicht leisten — das übersteigt seine Kräfte; aber billige Entschädigung, also Entschädigung nach seinen Kräften, leistet er, wo er dazu verpflichtet ist, und darüber hinaus gewährt er nicht unwesentliche Hilfe, wo keine juristische Verpflichtung vorliegt, die Gemeinschaft aber moralisch berechtigte Ansprüche der am ärgsten betroffenen Bevölkerungskreise erfüllt.

Enorme Beträge

Eine „Kritik" richtet sich daher selbst — wie es in einem Flugblatt geschehen ist —, die zu den vorliegenden Gesetzen sagt: „Wir protestieren entschieden gegen eine solche Almosenaktion. Wir lassen uns nicht mit einem alten Stück Brot abspeisen..." und dann fortfährt: „Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine Schande für Österreich und eine Herausforderung nicht nur für seine geschädigten Staatsbürger, sondern für alle gerecht denkenden Österreicher."

Was sind demgegenüber die Tatsachen? Für die Leistungen nach dem Besatzungsschädengesetz wird der Staat bis zu einer Milliarde Schilling aufwenden. Nach den vorliegenden Unterlagen werden rund 350.000 Antragsteller Hilfe und Ersatz von Hausrat beanspruchen und schätzungsweise zwei Milliarden Schilling erhalten. Es können aber auch wesentlich höhere Beträge nötig werden. Für die Gewerbetreibenden und selbständig Berufstätigen, die Bombenschaden erlitten haben, wird schätzungsweise eine Milliarde Schilling nötig sein. Für den Hilfsfonds zur Erfüllung des Härteausgleiches sind 150 Millionen Schilling vorgesehen.

Hinzu kommen noch 60 Millionen Schilling für Spätheimkehrerhilfe. Voraussichtlich werden die auf Grund der drei vorliegenden Gesetze vom Staat zu erbringenden Leistungen den Gesamtbetrag von vier Milliarden Schilling erreichen. Ich glaube nicht, daß angesichts dieser Zahlen gehässige Kritik am Platz ist. Eine Schande für Österreich sind diese Gesetze ganz gewiß nicht!

Aber noch etwas anderes soll hier gesagt sein: Ebensowenig wie die drei vorliegenden Gesetze die ersten Wiedergutmachungsgesetze und Entschädigungsgesetze sind, die Österreich nach dem Krieg beschlossen hat, sind es die letzten gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiet. Wir haben in den letzten zehn Jahren die sieben Rückstellungsgesetze, die Rückstellungsanspruchsgesetze, die Kriegsopferversorgungsgesetze und die Opferfürsorgegesetzgebung beschlossen.

Nach Verabschiedung des Besatzungsschädengesetzes, des Kriegs- und Verfolgungsschädengesetzes und des Spätheimkehrergesetzes bleiben als unmittelbare gesetzgeberische Aufgabe für die Herbstsession des Nationalrates:

Die Regelung der Entschädigung für Österreicher, deren Vermögen in Jugoslawien beschlagnahmt worden ist — die Entschädigungspflicht ergibt sich aus Artikel 27 des Staatsvertrages — und die Entschädigung von Österreichern, die auf Grund von Artikel 23/3 des Staatsvertrages ihre Forderungen in Deutschland nicht mehr geltend machen können und deren Ansprüche auch nicht durch den bereits ratifizierten deutsch-österreichischen Vermögensvertrag geregelt worden sind.

In diesen Zusammenhang gehören auch die bisher unerfüllten vollauf berechtigten Forderungen der durch den Nationalsozialismus politisch Verfolgten und Geschädigten.

Der parlamentarische Achterausschuß wird auch während der Parlamentsferien weiterarbeiten. Ihm liegt bereits der Vorschlag der sozialistischen Abgeordneten für eine 12. Opferfürsorgegesetznovelle vor, durch die Entschädigungssätze für im Ausland verbrachte Haftzeiten und Berufsschädigung politisch Verfolgter festgelegt werden sollen.

Die Erfüllung dieser Forderungen ist eine selbstverständliche Pflicht, da sie gemäß Artikel 23/3 des Staatsvertrages nicht mehr auf Grund des westdeutschen Bundesentschädigungsgesetzes gegen die Bundesrepublik Deutschland geltend gemacht werden können.

Die Durchführung der Entschädigungsgesetze

Alle Ansprüche sind bis 30. Juni 1959 bei den zuständigen Finanzlandesdirektionen anzumelden.

Es ist klar, daß nicht der Gesamtbetrag der Entschädigungen in einem Budgetjahr ausbezahlt werden kann. Die Zahlung wird so erfolgen, daß auf die soziale Bedürftigkeit Bedacht genommen werden wird. Die über Siebzigjährigen und solche Personen, die kein steuerpflichtiges Einkommen haben, werden zuerst darankommen.

Eine gewisse Hilfe bedeutet es, daß sich die Regierungsparteien darauf geeinigt haben, die in der Öffentlichkeit bereits wiederholt erörterte Novelle zum Wohnhauswiederaufbaugesetz zu beschließen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, ab sofort wieder die Gewährung von Hausratsdarlehen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds zu beantragen. Da beim Wohnhauswiederaufbaufonds die Mittel zur Verfügung stehen, können Hausratsdarlehen an jene Personen, die Anspruch auf Hausratshilfe nach dem Kriegs- und Verfolgungsschädengesetz haben, soweit der Schaden vor Kriegsende eingetreten ist, sofort ausbezahlt werden. Die Darlehen werden später auf die Entschädigungsbeträge, die auf Grund des Kriegs- und Verfolgungsschädengesetzes zugesprochen werden, anzurechnen sein.

Ein Mahnmal gegen die Unmenschlichkeit

Am Karfreitag vor dreizehn Jahren wurden in Dortmund 298 Menschen ermordet

Zum dreizehntenmal jährte sich der Tag, an dem in Dortmund die Schergen des Hitlerregimes ihren letzten und blutigsten Triumph feierten.

Es war der Karfreitag des Jahres 1945. Die Kriegsfront rückte von Stunde zu Stunde näher an die Stadt heran. Nach einem Großangriff am 12. März hatten Stahl und Ekrasit die City in furchtbare Fetzen gerissen, und in den Wäldern draußen vor den Toren sah man die Notquartiere der Geflüchteten, die primitiven Kochstellen, um die verhärmte Gestalten hockten. Überall grenzenlose Müdigkeit und erschreckende Abstumpfung der Gemüter.

Die örtlichen Parteigewaltigen rasten vor Wut. Sie vermochten es einfach nicht zu begreifen, daß dem tausendjährigen Reich nunmehr die Stunde schlug und daß ihre Herrschaft zu Ende ging. Sie, die sich dem „Führer" verschworen hatten und denen ein gefährlicher Mythos zu einer Ersatzreligion geworden war, haderten mit dem so oft und gern von ihnen zitierten großen Schicksal.

Angesichts der Ausweglosigkeit ihrer Lage suchten sie nach Opfern. Durch ihre politische Zwangsvorstellung und ihre moralische Verderbtheit ließen sie sich dazu hinreißen, gemeinsam mit der SS in einem Blutrausch ohnegleichen ihren krankhaften Vergeltungstrieben zu frönen. Man trieb die Opfer wie Schlachtvieh zusammen: ausgemergelte Zwangsarbeiter aus sieben Nationen. Aber auch Dortmunder waren dabei, Männer, die dem Wahnsinnsregime Widerstand leisteten, weil sie sich der Tyrannei des Götzen Hitler nicht beugen wollten. In der Nacht von Donnerstag auf Karfreitag geschah es, daß man sie im Rombergpark und auf der Spielwiese in Hacheney auf gemeinste Weise hinmordete. Als die Sonne aufging, fielen ihre ersten Strahlen auf ein grauenhaftes Golgatha. Die Henker aber rühmten sich der scheußlichen Tat, die bis heute ungesühnt geblieben ist.

Jener Karfreitag des Jahres 1945 hat die Lokalgeschichte der Stadt Dortmund mit einer schweren Hypothek belastet; denn was dort unter freiem Himmel im Süden der Stadt an Unmenschlichem geschehen ist, kann und darf niemals aus dem Buch der Vergangenheit getilgt werden.

Niemand wird den Einwurf überhören, daß auch die feindlichen Fliegerangriffe manches hoffnungsvolle Leben in Dortmund allzu frühzeitig zerstört haben. Niemand bestreitet, daß die Sieger während der ersten Besatzungszeit sich nur selten in Sanftmut und Versöhnlichkeit übten und, zahlenmäßig nicht gering, Männer, Frauen und Kinder schwer an den Folgen der Hungermonate zu tragen hatten.

Das war alles sehr schmerzlich und soll auch keineswegs verschwiegen werden. Aber solche Feststellungen können nicht dazu dienen, als Aktivposten in der Schlußbilanz zu entscheiden. Nein, wir müssen alle ehrlich versuchen, durch Arbeit und entsprechende Leistungen dieses schreckliche Defizit der Unmenschlichkeit allmählich abzutragen.

Und deshalb soll auch der Karfreitag in Dortmund vergessen werden. Es gibt Stimmen unter uns, die sagen: „Man soll die Vergangenheit doch endlich begraben sein lassen. Was hat es für einen Sinn, all das Schreckliche und Haßerfüllte der Kriegs- und Nachkriegzseit noch mit sich herumzuschleppen und immer wieder ins Bewußtsein zu bringen. Wir kommen doch vor lauter bösen Erinnerungen gar nicht mehr dazu, uns den klaren und zielstrebigen Blick für die Zukunft zu bewahren und für diese Zukunft zu kämpfen."

Es ist anscheinend nicht mehr zeitgemäß, die alten KZ-Bücher wieder in die Hand zu nehmen. Wer redet denn noch von Walter Pollers „Arztschreiber in Buchenwald"? Wen interessiert heute Eugen Kogons „SS-Staat"? Welcher Jugendliche kennt Isa Vermehrens „Reise durch den letzten Akt" oder Arnold Weiß-Rüthels Sachsenhausenbuch „Nacht und Nebel"?

Wir sind bedenklich erinnerungsmüde geworden. Kein Wunder, wenn in verantwortlichen Stellen heute bereits wieder Männer sitzen, die damals in braunen und schwarzen Uniformen an den bekannten und berüchtigten „Säuberungsaktionen" beteiligt waren. Wenn große Teile unseres Volkes auf dem besten Wege sind, die Verbrechen der eigenen jüngsten Geschichten zu bagatellisieren oder schließlich ganz zu vergessen, dann sollte doch überall in deutschen Landen Alarm geschlagen werden.

Dortmund will dieser gefährlichen Vergeßlichkeit entgegenwirken. Ein Mahnmal in der Bittermark kündet von der Verpflichtung zur mitmenschlichen Solidarität. Es erteilt uns den Auftrag, alles für den Frieden zu tun und mutig gegen Kriegsgefahr und Unterdrückung zu kämpfen.

Lübecker Impressionen

Lübeck, alte Hansestadt. Stadt, in der Thomas Mann geboren wurde, Wächter der Demokratie. Stadt, in der ein Teil der Stadtväter fernblieb, als Thomas Mann, der heimgekehrte deutsche Dichter, von seiner Stadt geehrt wurde. Geehrt von der zweiten deutschen Demokratie. Stadt, die sein Buddenbrook-Haus wiederaufbaute. Stadt, die den Dichter nicht mehr zurückkehren sah.

1. Juni 1934. Der Pfarrer Karl Friedrich Stellbrink tritt sein Amt an der Lutherkirche zu Lübeck an. Stellbrink ist gegen Hitler. Das weiß fast jeder in dieser Stadt. Er steht an Niemöllers Seite, er bekennt sich zur bekennenden Kirche. Ein Wahrheitsfanatiker. Er kämpft gegen das Unrecht.

7. April 1942. Die Gestapo nimmt den Pfarrer Stellbrink fest. Kurz darauf verhaftet sie auch die Kapläne Johannes Prassek, Hermann Lange und Eduard Müller:

Wenn man Christ ist, muß man gegen Hitler und seine Schergen sein.

Freislers Volksgerichtshof wird alarmiert. An diesem Volksgerichtshof ist ein Oberreichsanwalt — er heißt Dr. Ernst Lautz.

Dr. Lautz klagt am 23. Mai 1942 14 Tschechen an. Alle 14 werden zum Tode verurteilt. Am 15. Juni 1942 klagt er 21 Tschechen an. 14 werden zum Tode verurteilt, der Rest zu Zuchthausstrafen. Im Mai 1942 klagt Herr Lautz 7 Belgier an. Die sieben werden zum Tode verurteilt. Am 16. November 1942 klagt er den Wiener Leopold Hammermüller an, er wird zum Tode verurteilt. Am 24. Juli 1943 klagt er den Werkzeugschlosser Georg Littmann an, er wird zum Tode verurteilt.

Alles Todesurteile im Dienste Hitlers aus politischen Gründen.

2. März 1943. Der Volksgerichtshof ist von Berlin eigens nach Lübeck gereist. Lautz klagt den deutschen Pfarrer Stellbrink an. Er wird zum Tode verurteilt. In den Jahren 1942 und 1943 klagt Lautz 393mal Menschen aus politischen Gründen an, und 393mal fällt er das Todesurteil.

Am folgenden Tag, nachdem Stellbrink verurteilt ist, zusammen mit den drei anderen Geistlichen, werden 18 christliche Laien zu hohen Strafen verurteilt. Was hat Stellbrink getan? Er hat aufgefordert, die Stimme Gottes zu hören, die stärker ist als die Stimme Hitlers. Kurz vor seinem Tode schreibt Pfarrer Stellbrink am 31. Oktober 1943 in Lübeck an seine Frau: „Gott bestimmt keinen Menschen vor seiner Geburt zur Verdammnis, verstockt selbst kein Menschenherz. Unser Wille ist ganz frei zur eigenen Entscheidung, daher können und müssen wir wollen."

10. November 1943. Drei Lübecker Geistliche gehen in Hamburg den letzten Weg zum Schafott des Herrn Lautz.

30. Jänner 1945. Tag der „Machtergreifung". Die Herren Freisler und Lautz erlassen folgenden Aufruf:

卐

„Nationalsozialistische Kameraden
und Kameradinnen!

Mehr als ein Vierteljahrhundert kämpft unser Führer für uns! Zwölf Jahre hält er am Ruder unseres Staatsschiffes den Kurs fest, sicher und stark durch Stürme hindurch in eine freie, schönere Zukunft hinein. Der Sturm schwoll zu einem Orkan blinden Hasses, der uns umtobt. Jetzt heißt es: Alle Mann an Deck! Das Letzte eingesetzt! Es geht nun um alles: Um Sein oder Nichtsein, um unser Volk! Wir denken heute an unser Gelöbnis, treu uns ganz hinzugeben für Volk, Führer und Reich. Wir werden es halten, treu bis zum Letzten. Durch Treue und Opfer hindurch zu Freiheit und Leben!

Heil Hitler!

gez. Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes — gez. Lautz, Oberreichsanwalt."

2. Februar 1945. Pater Alfred Delp, von Freisler verurteilt, stirbt in Berlin den Tod am

Der Mann ohne Zeigefinger

Ich lernte den Mann im Vorzimmer der Londoner Schauspielergewerkschaft kennen. Er war ein kleiner rundlicher Typ — ja, er war ein Typ. Kaum sah man ihn, vermochte man sich eines der weisen Gaudistücke des Wiener Volkstheaters vorzustellen. Noch bevor der Mann seine Lippen öffnete, hörte man Nestroy-Sätze.

Aber als der Mann die ersten Worte sprach, war es ganz anders. Ein zerfahrener Blick streifte die Sekretärin und mich, und in deutsch-akzentuiertem Englisch sagte er: „Ich heiße Jakob Maier-Buchenwald . . ." Selbst die Sekretärin schaute etwas länger auf ihn, als gute Manieren gestatten sollten. Und da bemerkte ich, daß an der linken Hand des Mannes, die eine vielgebrauchte Aktentasche trug, der Zeigefinger fehlte und an der rechten Hand (ich kniff meine Augen zusammen, um mich vor einer Täuschung zu bewahren) ebenfalls der Zeigefinger wie abgeschnitten war.

Buchenwald? Der Mann betrachtete mich, und seine Augen flackerten. „Ich war dort", sagte er, „ich habe das Wort an meinen Namen gehängt. Alle sollen es wissen. Aber manche wollen es gar nicht wissen. Sie tun, als überhörten sie es. Auch Engländer. Wenn sie den Schwarzwald loben, sage ich noch nichts. Aber wenn sie von den deutschen Autobahnen zu schwärmen beginnen, dann wiederhole ich ihnen meinen Namen: Maier-Buchenwald . . ." Er betonte den Namen des deutschen Konzentrationslagers in englischer Weise.

Wie eine Schleuse öffnete sich das Herz des Mannes. Es war ungewöhnlich, jemandes Lebensgeschichte in einem Vorzimmer zu erfahren, in dem man zufällig mit ihm fünf Minuten warten mußte. Der Mann war Schauspieler, und wegen seiner jüdischen Abstammung kam er ins Lager. Die Wachen fanden ihn zum Totlachen. War er nicht wie eine kleine fette Kugel? Gewiß, die Personifizierung wichtiger Rollen. Aber die Wachen wollten auch ihren Spaß haben. Er bekam wochenlang nichts zu essen, weil sie ihn einmal mager sehen wollten. Sie schnitten ihm beide Zeigefinger ab, damit er aus Schmerz mager würde. „Der Maier", brüllten sie wie beim besten Witz, „der ist hoffnungslos, der bleibt fett, bis man ihn totschlagen wird . . ." Und 1945 befreiten die Amerikaner auch den dicken, komischen Maier. Seit 1945 flackern die Augen des Mannes, der zuerst „DP" war, eine „displaced person", und dann nach England kommen konnte. „Ich bin Schauspieler, hören Sie doch", sagte er ängstlich und hielt mich am Arm zurück, als mich der Mann rufen ließ, für den ich angemeldet war. „Ich spiele in großen Filmen mit, und gerade jetzt macht mir einer eine Rolle streitig, deshalb bitte ich die Gewerkschaft um Hilfe. Ich zeig' Ihnen was. Eine Zeitung hat über mich geschrieben . . ." Er holte ein zerfetztes Blatt eines Lokalanzeigers aus seiner Aktenmappe, das schon viele Jahre alt war. Es war eine Kritik über eine Laienaufführung. „Ich trete auch zu Weihnachten auf, ich . . . Schauspieler . . . Maier-Buchenwald . . ."

War der Mann aufdringlich? Was haben die Wachen von Buchenwald aus diesem Menschen gemacht? Er tritt nur noch als Statist auf, und er bittet jeden, den er sieht, um Anerkennung. Sein zertretenes, mißhandeltes Menschenherz fleht: Glaubt mir doch, ich bin Schauspieler, noch immer, nach allem . . . Und verzeiht mir, wenn ich euch nicht gefalle, verzeiht meinen Akzent, meine Nervosität, denn da ist doch das Anhängsel zu meinem Namen . . . Ich wäre ein großer Künstler geworden, hört ihr, die ihr es nicht hören wollt . . . wenn mein Name ohne dieses Anhängsel hätte bleiben können . . . ohne dieses „Buchenwald" . . .

Fleischerhaken. 2. Februar 1945, am gleichen Tag stirbt Freisler im Bombenhagel auf Berlin. Lautz überlebt; überlebt sein „Werk“ ...

Von 1951 bis 1958 bringt der Briefträger der Deutschen Bundespost zu Lübeck in die Stresemannstraße Nr. 49, in das schöne Lübecker Villenviertel, 125.000 DM zu Lautz: Seine „Pension“, 1500 DM monatlich. Das Wohnungsamt Lübeck gibt dem netten Beamten eine schöne Wohnung, die Bundesrepublik seinen „Sold“.

Und weiter? Lautz wird „zurückgestuft“; in geschlossener Verhandlung — nun bekommt er nur noch 786 DM Pension monatlich ausgezahlt. Ob er damit auskommen kann?

Auskommen kann, wenn ihn eines Nachts der Schatten des Pfarrers Stellbrink besuchen sollte, um ihm eine Frage zu stellen. Und die Schatten all der anderen.

16. Mai 1958. Der „Ring politischer Jugend“ in Berlin eröffnet eine Ausstellung über den deutschen Widerstand. Hier findet man das Bild des amtierenden Oberreichsanwaltes Lautz während einer Verurteilung aufrechter Deutscher: das Photo der Mordjustiz. Man findet in dieser Ausstellung die Photokopie von Todesurteilen mit seiner Unterschrift.

Aber Herr Lautz schweigt und nimmt die Zahlungen an. Wie viele Lautz werden sich wohl dort in Lübeck und auch anderswo herumdrücken und es sich gut gehen lassen. Wer denkt auch heute noch an ihre toten Opfer? Wenn nur die „Dienstjahre“ richtig angerechnet worden sind und prompt honoriert werden.

Letzte Verse / Aus der Lyrik des Widerstandskampfes

Lyrik als subjektiver Ausdruck persönlicher Empfindungen ist besonders geeignet, die psychische Haltung des Menschen an der Schwelle zwischen Leben und Tod darzustellen. Es ist noch nicht lange her, daß in Hitlers Kerkern eine Unzahl junger, hoffnungsreicher Dichter wegen ihres Widerstandskampfes gegen das nationalsozialistische Regime ihr Ende durch Henkershand schon im voraus bewußt erleben mußten. Wenige Wochen vor ihrem Tode gossen diese Menschen ihr Denken und Fühlen in dichterische Formen und boten damit der Nachwelt die doppelt tiefe Erschütterung des Erlebens der individuellen geistigen Auflehnung gegen die Gewalt und der einzigartigen Möglichkeit, einen Blick in die Erlebnisechtheit und Wahrhaftigkeit letzter lyrischer Aussage zu tun.

Heute ist von diesen Dichtungen — zu unserer Schande sei es gesagt — nahezu nichts bekannt. Zum Teil deshalb, weil man diese Zeugen gern vergaß, zum Teil, weil ihr dichterischer Nachlaß scheinbar heute in unserem Lande keine Allgemeingültigkeit mehr besitzt. Aber gibt es nicht anderwärts, in den Kerkern des Kommunototalitarismus, heute wieder Blutzeugen des Kampfes für die Freiheit des Menschen, und gipfelte dieser nicht neuerdings in der ungarischen Revolution als eindringlichste Mahnung?

Die Kerkerdichter

Nur wenige Widerstandskämpfer der Hitlerära waren vor ihrer Verhaftung Dichter; Offiziere, Lehrer, Priester und Wissenschaftler wurden durch die verschiedenste psychische Einstellung in ihrem letzten Lebensabschnitt zu dichterischem Ausdruck getrieben.

Harro Schulze-Boysen, Offizier und Seele der „Roten Kapelle“, einer Widerstandsorganisation im Luftwaffenministerium, gibt sich etwa einen Monat vor seiner Hinrichtung im Dezember 1942 über seinen Widerstandskampf Rechenschaft. Er, der zeitlebens eine gewaltsame Lösung ablehnte und den ideologisch-politischen Kampf gegen das Regime für erheblich wichtiger ansah, schrieb in der Einsamkeit seiner Zelle unter anderem ein Gedicht „Rechenschaft“, in dem er fragt und antwortet:

Der Stunde Ernst will fragen:
hat es sich auch gelohnt?
An dir ist's nun zu sagen: Doch!
Es war die rechte Front.

Und am Ende heißt es:

Die letzten Argumente
sind Strang und Fallbeil nicht,
und unsre heut'gen Richter sind
noch nicht das Weltgericht.

Es sind Menschen, die mit Wadenklammern und Daumenschrauben gefoltert, mit dem Kopf nach unten aufgehängt oder unmittelbar vor ultraviolette Lampen gesetzt wurden, die im Angesicht des Todes noch die unvorstellbare Kraft zu solchen Überlegungen fanden. Ihr Glaube an das Ideal der Idee und ein intellektueller Optimismus, von dem sie wissen, daß er sich für sie selbst nicht mehr realisieren kann, hält sie alle aufrecht und läßt sie bis zu ihrem Ende frei und mutig vor ihre Richter hintreten.

Die andere Generation

Dieser intellektuelle Optimismus strömt auch aus den im Gefängnis entstandenen „Moabiter Sonetten“ Albrecht Haushofers. Hat noch das Gedankengut Karl Haushofers, des Vaters des Dichters, manches zur Entfaltung des Nationalsozialismus beigetragen, so offenbarte sich am Sohn die schreckliche Enttäuschung, die durch Hitler gerade oft geistig führende Familien erschütterte. Der Vater hört noch auf Parolen, die auf der Bühne gesprochen werden. Der Sohn weiß bereits:

Mein Vater war noch blind vom Traum der Macht.
Ich hab' die ganze Not vorausempfunden.
Zerstörung, Brand und Hunger, Tod und Wunden,
das ganze Grausen solcher Teufelsnacht ...

EURE ZEITUNG!

Genossen und Genossinnen!
Kameraden aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen!
Freiheitskämpfer!
Arbeitet daher mit, schickt Beiträge, schreibt alles unserer Redaktion und denkt immer daran:

„Der sozialistische Kämpfer“ ist eure Zeitung!

Er wußte von seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt zuviel über die Fehlgriffe der Machthaber, und es war wohl mehr ein Zufall oder vielleicht die Folge seiner geistigen Überlegenheit, daß er nach seiner ersten Haft im Jahre 1941 noch einmal freigelassen wurde. Als er im Zuge der Massenverhaftungen um die Ereignisse des 20. Juli 1944, an dessen Vorbereitung Albrecht Haushofer mitgearbeitet hatte, zum zweitenmal verhaftet wurde, entstanden im Gefängnis Berlin-Moabit seine „Moabiter Sonette", die ihrem Gehalt sowie in ihrer ganzen Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte zu den menschlich erschütterndsten Zeugnissen des deutschen Widerstandskampfes gehören. Soll man über den langen, schweren Weg sprechen, der den Dichter zu Papier und Bleistift führte, oder über seine Hoffnung auf Freiheit, wie sie in den Apriltagen 1945 mit dem nahen Donner der Schlacht um Berlin in manchem der Gefangenen noch erwachte? Eine Hoffnung allerdings, die sehr bald zunichte wurde, als die SS-Wachen antraten, um auf den Ruf „Fertig" den Häftlingen die Maschinenpistole in den Nacken zu setzen.

Drei Wochen nach jenem schrecklichen 23. April 1945 wurde in den Trümmern des Berliner Ulapgeländes die Leiche des Dichters gefunden, dessen erstarrte Hand noch einige Manuskriptblätter umklammerte, eben jene „Moabiter Sonette". Hier fand sich sein letztes, erschütterndstes Gedicht:

Ich trage leicht an dem, was das Gericht
mir Schuld benennen wird: an Plan und Sorgen ...
Verbrecher wär' ich, hätt' ich für das Morgen
des Volkes nicht geplant aus eigner Pflicht.
Doch schuldig bin ich anders, als ihr denkt,
ich mußte früher meine Pflicht erkennen,
ich mußte schärfer Unheil Unheil nennen —
mein Urteil hab' ich viel zu lang gelenkt ...
Ich klage mich in meinem Herzen an:
Ich habe mein Gewissen lang betrogen,
ich hab' mich selbst und andere belogen —
ich kannte früh des Jammers ganze Bahn —
ich hab' gewarnt — nicht hart genug und klar!
Und heute weiß ich, was ich schuldig war ...

Für Albrecht Haushofer als Politiker war der Widerstandskampf eine politische und ideelle Verpflichtung, für den Pfarrer Dietrich Bonhoeffre, der ebenfalls einem recht bedeutenden Widerstandskämpferkreis angehörte und noch am 9. April 1945, noch nicht vierzigjährig, in Flossenburg hingerichtet wurde, auch eine Frage des geistlichen Gewissens. Das Gedicht „Jonas", das im September 1944 im Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis Tegel entstand, gestaltet am Schicksal des biblischen Jonas den deutschen Widerstandskampf:

Sie schrien vor dem Tod, und ihre Leiber kraliten
sich an den nassen, sturmgepeitschten Tauen,
und ihre Blicke schauten voller Grauen
das Meer im Aufruhr jäh entfesselter Gewalten.
Ihr ewigen, ihr guten, ihr erzürnten Götter,
helft oder gebt ein Zeichen, das uns künde
den, der euch kränkte mit geheimer Sünde,
den Mörder oder Eidvergeßnen Spötter,
der uns zum Unheil seine Missetat verbirgt
um seines Stolzes ärmlichen Gewinnes!
So flehten sie. Und Jonas sprach: „Ich bin es!
Ich sündigte vor Gott. Mein Leben ist verwirkt.
Tut mich von euch. Mein ist die Schuld. Gott zürnt
mir sehr.
Der Fromme soll nicht mit dem Sünder enden!"
Sie zitterten. Doch dann mit starken Händen
verstießen sie den Schuldigen. Da stand das Meer.

Doch die angerufenen Götter blieben stumm und das Meer stand nicht. Es verschlang sie alle; die Gestapo justifizierte am Ende die Aktiven und auch die Passiven, die nur in stiller Toleranz die Handlungen ihrer Freunde miterlebt hatten.

Der österreichische Lehrer

Unter den österreichischen Widerstandskämpfern, die ihr Leben ließen, rang sich neben anderen Widerstandskämpfern der knapp vierundzwanzigjährige sozialdemokratische Lehrer Richard Zach kurz vor seiner Hinrichtung zu aufrüttelnder, heroischer Dichtung durch. Wie auch andere, mußte er seine Verse durch Zellenwände morsen oder durch die Klosettmuschel zu Genossen unter sich sprechen, da winzigste Fetzchen Papier und der kleinste Bleistiftstummel unerreichbare Kostbarkeiten waren. Überlebende haben dann diese Verse überbracht.

Noch wird ein Strauch im Gefängnishof für den lebensfrohen, jungen Sozialisten Zach zum Symbol für das, was er am Leben zu verlieren hat.

Ein Strauch mit hellen gelben Blüten
hat sich in unsern Hof verirrt.
Ich möchte ihn so gern behüten!
Der Wächter aber ruft und klirrt ...

Das Bewußtsein, mit vielen Brüdern das Leid zu teilen und seine Opferbereitschaft spricht aus dem Aufschrei:

Wenn ich mit meinem Leibe noch den deinen
mit meiner Brust die deine decken könnte!

Und sich und ihnen ruft er noch „Vor der Hinrichtung" zu:

Wir wollen treten an den Schragen
aus unserm finsteren Verließ,
als ob wir eine Fahne tragen,
in deren Schwung die Winde sagen
von einem nahen Freiheitstagen,
und auf dem blutbespritzten Kies
das Aug' nicht ängstlich niederschlagen.
Wir wollen treten an den Schragen
siegesgewiß!

So gingen sie alle in den Tod: siegesgewiß — Arbeiter, Lehrer, Pfarrer, Offiziere, Gelehrte, und allen galt es, noch das letzte Vermächtnis auszusprechen, die letzte Rechenschaft zu legen, sich selbst und den anderen, jenen, die nachher kommen würden. Und immer wieder war es das Gedicht, in das sie, manchmal unbeholfen die einen, in vollendeter Form die anderen, aber immer aus ehrlichem, glühendem Empfinden heraus und aus dem Drange, angesichts des Todes diesen durch den Geist zu überwinden, kleideten, was aus ihnen herausdrang, als das letzte Herzblut, hingegeben einer Idee, einem Glauben an die Überwindung des Bösen und den Sieg eines lichten Morgen über das finstere Heute.

Groteske Entschädigungsansprüche

Der frühere NSDAP-Kreisleiter Rudolf Sempf hat als Entschädigung für verlorengegangene NSDAP-Uniformen, darunter SA-Hosen, Koppelzeug, Stiefel, Mützen und Schlipse von der Stadt Bad Wildungen 1000 DM verlangt. Dazu erklärte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl Wittrock:

„Dieser Sachverhalt zeigt erneut das zunehmende Maß von Schamlosigkeit, mit dem ehemalige führende Nutznießer des NS-Regime jetzt unzumutbare Forderungen an die Gemeinden erheben. Solche Forderungen sind schamlos, vor allem, wenn man bedenkt, was Millionen von Menschen durch die Folgen der NS-Politik verloren haben."

Der Vorgang in Bad Wildungen zeigt erneut, wie berechtigt das nun schon Jahre währende Drängen der SPD auf baldige Verabschiedung eines Kriegsfolgenschlußgesetzes ist.

Wirbt die Fremdenverkehrswerbung für die ehemalige SS?

Am 15. und 16. November dieses Jahres sollen wieder Nazis, Neonazis, Faschisten und Antisemiten mehrerer europäischer Nationen, die einst als Helfershelfer für Hitlers „Europa" bei der SS gedient haben (Blaue Division, Legion Tricolore, SS-Verbände Neederland, Flämische SS-Division usw), in Salzburg zu einem „Europakongreß" zusammenkommen. Der verantwortliche Veranstalter ist die Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas (SORBE), mit Theodor Soucek an der Spitze!

Besonders interessant aber ist, daß die österreichische Fremdenverkehrswerbung in der Juliausgabe ihrer „Reisenachrichten aus Österreich" diesen „Europakongreß" unter die offiziellen internationalen Kongresse eingereiht hat, die in Österreich stattfinden werden!

Was sagt unser Innenministerium und der Herr Handelsminister dazu?

Zwanzig Jahre nachher . . .

Ein großer Teil der österreichischen Presse brachte im Zusammenhang mit dem Jahrestag des deutschen Einmarsches in Österreich geschichtliche Betrachtungen über die Vergewaltigung Österreichs, über den ungeheuren Druck, dem die Erste Republik von seiten Nazideutschlands ausgesetzt war, über die Toten des Anschlusses und über das Martyrium und den Leidensweg österreichischer Patrioten.

Nicht so das „Salzburger Volksblatt" vom 10. März 1938. In einem Artikel seines Chefredakteurs, „März 1938", weiß dieses Blatt vom „Anschluß" bloß zu berichten:

„. . . Es war niemand da, der auch nur den Versuch eines Widerstandes gemacht hätte . . ."

„. . . Millionen Österreicher erlebten diese Stunden mit heißem Herzen. Abseits stand nicht die Schar der Propheten, sondern jene Männer, deren radikale politische Einstellung einen Kompromiß nicht mehr glaubhaft machte . . ."

Von diesen, die abseits standen, weiß das Blatt noch folgendes zu berichten:

„. . . Wer aber die Brutalität der oft privat geübten Rache überstand, kann sich in der Gegenwart nicht beklagen. Reich ist die Belohnung, die das Vaterland ihnen nun spendet . . ."

Mit der reichen Belohnung, von der der Autor spricht, sind wahrscheinlich die Opferfürsogerenten der KZ-Invaliden (431 Schilling und 20 Groschen pro Monat, Anm. d. Red.) oder die Haftentschädigung in der Höhe von 14 Schilling und 33 Groschen für einen Tag Konzentrationslager gemeint. Andere „Belohnungen" sind in Österreich bisher unbekannt.

Über die enttäuschten österreichischen Nazi, denen das versprochene Tausendjährige Reich zu früh zu Ende ging, und auch für jene, deren persönliche Träume in Nichts zerronnen sind, fand das Blatt warme Worte:

„. . . Diese in ihren Gefühlen gemarterten Menschen haben nichts mehr zu verheimlichen . . ."

„. . . In ihrem Lager sind die größten und besten Österreicher. Auch die der Vergangenheit . . ."

In der Märznummer des „Eckartboten" der Österreichischen Landsmannschaft wurde des Jahrestages des Anschlusses wie folgt gedacht:

„Wir gedenken am 12. der Jubelnacht der Volksvereinigung. Sie verhieß die Erfüllung des Einheitstraumes, den alle anderen Großvölker Europas schon vor uns verwirklicht hatten. Wohl ist die Volksvereinigung im Inferno des Kriegsendes wieder auseinandergebrochen. Wir haben unser Staatshaus nun neu, frei und eigenständig errichtet. Aber die Ideen des März 1938 im deutschen Österreich waren frei von Schmach und sollen auch heute nicht in Selbstbezichtigung geleugnet und geschmäht werden."

An andere Begleiterscheinungen und Folgen der „Jubelnacht der Volksvereinigung" erinnern sich diese Herren von der „Österreichischen Landsmannschaft" nicht; sie wollen wahrscheinlich auch nicht erinnert werden!

Wie lange noch Nazi-Ungeist?

Ein vor kurzem erschienenes Buch „Der Ruf des Gewissens" von Otto Molden, der auf historisch dokumentierte Weise den Kampf Österreichs gegen die Nazibarbarei beschreibt, hat unter den ehemaligen (?) Nationalsozialisten und ihren Protektoren gewisse Unruhe und schlecht getarnten Ärger hervorgerufen.

Nach der alten Devise: „Die beste Verteidigung ist der Angriff" versuchen sie nun, im Wege ihrer Presse, Giftpfeile voll Haß und Galle auf die überlebenden Widerstandskämpfer und ehemaligen KZ-Häftlinge abzuschießen.

Die führende Stellung im Angriff nimmt, wie nicht anders zu erwarten, die „Neue Front" ein, das Zentralorgan der Freiheitlichen Partei Österreichs. Sie schreibt unter anderem:

„Wenn die KZler könnten, wie sie wollten, dann würden sie ganz Österreich mit KZler-Denkmälern anfüllen und unser Land mit Schriften, die das Lob der KZler verkünden, überschwemmen. Dafür aber finden diese ewig Unverstandenen kein rechtes Verständnis. Sie meinen zumindest, das ihnen ohnehin so vielfach und nachdrücklich erwiesene Verständnis sei noch viel zuwenig. Sie wollen immer gewürdigt sein, ohne selbst auf Grund historisch stichhaltiger Hinweise angeben zu können, wofür man sie eigentlich würdigen sollte."

Am meisten aufgebracht ist diese Zeitung darüber, daß das Werk Moldens von der großen österreichischen Presse hervorgehoben und verlangt wird, dieses Buch möge für die österreichische Jugend in die Lehrpläne für Geschichte aufgenommen werden. Darüber läßt sich die „Neue Front" wie folgt aus:

„Das würde diesen Herren so passen, wenn man unsere Jugend mit dem Ungeist der KZler vergiften würde und ihnen Dinge eintrichterte, die keine objektive Geschichtsschreibung jemals aufnehmen wird. Da kann man nur hoffen, daß sich charakterstarke Leute finden, die dafür sorgen, daß die Wunschträume der Herren Otto Molden, Husinsky und Genossen niemals Wirklichkeit werden. Es genügt allein schon, daß heute noch in Österreich solche Bücher geschrieben werden. Man muß wirklich fragen, wie lange dieser Ungeist der KZler die Geduld aller anständigen Österreicher noch mißbraucht!"

Die Herren sind, wie es scheint, der festen Überzeugung, das Monopol auf den Begriff „anständige Österreicher" für sich beanspruchen zu dürfen.

Anstatt sich aus Schamgefühl zu verkriechen, daß sie einer Wahnidee gedient und dadurch unsägliches Leid über unschuldige Menschen in ganz Europa gebracht haben, getrauen sie sich noch nach dem kläglichen Zusammenbruch ihres Idols, ihre Köpfe zu erheben und mit Gift und Galle über alle jene herzufallen, die der Nazimordmaschine noch rechtzeitig entrinnen konnten.

Führwahr, ein Memento für alle, die da glauben, Achtsamkeit wäre fehl am Platze, denn der Nazismus sei längst tot . . .

Versöhnungswille ist stärker als Rache*

15.000 Menschen erlebten eine eindrucksvolle Gedenkstunde am Mahnmal in der Bittermark. Schon lange vor Beginn der Gedenkfeier, die am 6. April zur Erinnerung an die Opfer des blutigen Karfreitags 1945 von der Stadt Dortmund veranstaltet wurde, hatten sich auf der großen Waldlichtung in der Bittermark viele Tausende von Menschen versammelt. Zum erstenmal nahmen viele französische und belgische Arbeitsdeportierte sowie Vertreter der Regierungen in Paris und Brüssel an der würdigen Feier teil, die sich zu einer machtvollen Kundgebung für den Frieden und die Versöhnung und gegen jegliche unmenschliche Gewaltherrschaft gestaltete. Der Platz vor dem Mahnmal glich einem weiten Blumenmeer, in dessen Mitte der Sarg mit dem unbekannten französischen Toten aufgebahrt war. Unübersehbar war die Fülle der Kränze. Der Präsident des Bundestages, ausländische Verbände, Betriebe, Arbeitsgemeinschaften, der Gewerkschaftsbund und zahlreiche Ortsgruppen trugen reichen Blumenschmuck. Zu beiden Seiten des Mahnmals waren die Fahnen aufgestellt, unter ihnen allein 75 aus Frankreich. In mehreren Ansprachen wurde eindringlich auf die Verpflichtung der Lebenden hingewiesen, jetzt und in aller Zukunft dafür zu kämpfen, daß sich ein solcher Massenmord niemals mehr wiederholen kann.

* Vgl. „Der sozialistische Kämpfer" a. a. O. S. 3.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Karl Blei, Eva Preiß, Hein Hamacher, Wilhelm Krell, Rudolf Trimmel.

Mauthausen-Prozeß in Vorbereitung

Der frühere SS-Hauptsturmführer Karl Chmielewski war der berüchtigte Lagerführer eines der grausamsten Konzentrationslager, nämlich des Mauthausener Nebenlagers Gusen I. Chmielewski, der jetzt im Alter von 54 Jahren steht, hat es vorgezogen, nach dem Krieg unter dem falschen Namen Eilermann unterzutauchen und im Dorf Neuses bei Windsbach im Landkreis Ansbach seine Zelte aufzuschlagen.

Chmielewski, der ja mehr Eignung für einen KZ-Mörder als für einen Menschen der Arbeit hatte, wurde im Frühjahr 1957 wegen Betruges, Meineids und Bigamie zu einem Jahr Kerker verurteilt und in das Gefängnis Stadelheim bei München eingeliefert. Dort stellte es sich nach einiger Zeit heraus, daß der Verurteilte namens Eilermann mit dem gesuchten SS-Führer Chmielewski identisch war.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat die Staatsanwaltschaft in Ansbach ermächtigt, Ermittlungen zu dem bevorstehenden großen Mauthausener Prozeß aufzunehmen. Alle zur Verfügung stehenden Unterlagen wurden nach Ansbach geschickt. Die Erhebungen laufen wegen vielfacher Morde, die während der Ära Chmielewskis verübt worden sind. Außer Chmielewski, dem ranghöchsten noch lebenden Konzentrationslagerchef von Mauthausen, werden zwei Obersturmführer, mehrere Rottenführer und Scharführer sowie einige Lagercapos unter Anklage gestellt. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe beabsichtigt, diesen Mauthausener Prozeß mit aller Gründlichkeit durchzuführen; schon jetzt wird der kommende Prozeß als der größte der Nachkriegszeit bezeichnet.

Da Gusen I und Mauthausen auf österreichischem Boden liegen und einige der wenigen Überlebenden in Österreich wohnen, werden zur Befragung von Zeugen im Rechtshilfsweg österreichische Gerichte in Anspruch genommen werden.

Wie sich die offiziellen österreichischen Stellen zu dem Prozeß verhalten werden, bei dem auch die Exekutionen von Österreichern zur Sprache kommen müssen, steht noch aus. Es ist aber zu bezweifeln, ob sich das österreichische Justizministerium dem Verfahren gegen die Verbrecher in irgendeiner Form anschließen wird; denn wir sind in Österreich gerade inmitten einer Mitleidscampagne, und bei uns wurden die Verfahren gegen Mörder vom Schlage Chmielewskis niedergeschlagen; sie wurden „amnestiert", noch ehe sie verurteilt waren.

Graue Hemden — schwarze Binden

Bei einer Fahnenweihe in Perchtoldsdorf am 29. Juni ist die SS, vereinigt in der „Kameradschaft IV", einheitlich gekleidet aufgetreten: Graue Hemden — schwarze Binden. Und die anwesenden Mitglieder der Soldatenverbände trugen ihre Auszeichnungen mit Hakenkreuz zur Schau. Das Landesverteidigungsministerium war durch Generalmajor Waldmüller vertreten.

Eine Stelle aus der Ansprache des Präsidenten des „Österreichischen Kameradschaftsbundes", Dipl.-Ing. Jaus, verdient zitiert zu werden, da dieser anscheinend die Zeit für gekommen hält, gegen Widerstandskämpfer aus der Nazi-Ära zu wettern. Die versammelten SS-Männer und auch manche andere Anwesende pflichteten ihm bei, als er sich gegen jene austobte, die sich „aus Feigheit und Geschäftsgeist fünf Minuten vor Zwölf von der Fahne wandten, die die Fahne verrieten und sich jetzt Widerstandskämpfer nennen".

Zum Schluß der Fahnenweihe legte die SS vor dem Heldenehrenmal einen Kranz mit einer schwarz-weißen Schleife nieder; Schwarz-Weiß, die Farben der SS!

Monarchisten fordern die Haydn-Hymne

Die Monarchistische Bewegung Österreichs hielt unlängst im Sofiensaal eine Versammlung ab. Der Vorsitzende des Direktoriums, August Lovrek, forderte die soziale Monarchie, in der der richterlichen Gewalt die erste Stelle gebühre, deren Schutzherr nur ein Monarch sein könne. Das Zeitalter der Atomkraft und der Automation, für das der Redner das Ende des nur kaufmännischen Managers und seine Ersetzung durch den Techniker und den technisch gebildeten Kaufmann voraussagte, stelle als wichtigste Aufgabe die Bewahrung der Menschen vor der Vermassung und Entpersönlichung. Eine besondere Aufgabe Österreichs sei die aktive Mitwirkung an der europäischen Integration.

Der Alt-Landesobmann der Gewerkschaft für Kunst und freie Berufe Tirols, Dr. Philipp de la Cerda, forderte die Wiedereinführung der Haydn-Hymne als österreichische Hymne und die Beseitigung von Hammer und Sichel aus dem österreichischen Staatswappen. Er befaßte sich weiter mit Problemen der Demokratie, der Sozialpolitik sowie der Südtirolfrage. Der dritte Redner, Dr. Julius Kretschmer, sprach über die Entwicklung der monarchistischen Bewegung in Österreich.

Wir wollen die völlige Bedeutungslosigkeit der Gespenster der Vergangenheit bestimmt nicht überschätzen; aber glaubt man wirklich, daß die sogenannte „guate alte Zeit" sofort anbrechen würde, wenn Postkasteln und Schlagwörter wieder schwarzgelb angestrichen wären?

Und haben wir nicht längst so viel dazugelernt, um eine Phrase übler Art sogleich in die Schranken zu weisen?

Mauthausen-Feier in Paris

2000 Überlebende des KZ Mauthausen strömten aus allen Teilen Frankreichs nach Paris, um auf dem berühmten Friedhof Père-Lachaise der Enthüllung des Denkmals beizuwohnen, das den Toten von Mauthausen gewidmet ist.

Fast 10.000 französische Staatsbürger, unter ihnen sehr viele Juden, sind in Mauthausen umgekommen. Der französische Bildhauer G. Choain schuf ein Granitdenkmal aus dem Material des Steinbruches in Mauthausen. Das Monument ist fünf Meter hoch und stellt einen KZ-Sträfling auf der Todestreppe in Mauthausen dar.

Nazi verstehen es besser

Bekanntlich wurden nach dem Zusammenbruch des „tausendjährigen" Reiches viele Beamte außer Dienst gestellt, die während der Nazibesetzung Österreichs hohe Parteifunktionäre waren oder sich auch sonst gegen die Interessen Österreichs gestellt haben; manche haben sogar mitgeholfen, im März 1938 die Republik Österreich als Staat auszulöschen.

Auf Grund der verschiedenen Amnestiegesetze wurden aber alle diese Beamten zum überwiegenden Teil wieder in den Dienst aufgenommen und gar manchem von ihnen überdies die Dienstjahre angerechnet. Sie gaben sich aber mit dieser Regelung nicht zufrieden; speziell jene Personengruppen nicht, die mittlerweile — infolge ihres Alters — pensionsberechtigt wurden.

Der Wirtschaftsbund der Pensionisten, der 1947 gegründet wurde, hat eine Zweifrontenintervention unternommen, und sowohl Bonn als auch Wien wurden mit Resolutionen, Interventionen, Protesten usw. bestürmt. In Wien trat man als „österreichischer" Beamter und österreichischer Staatsbürger auf, in Bonn suchte man die Deutsche Bundesrepublik als den Nachfolgestaat des Dritten Reiches für die Schädigung verantwortlich zu machen, wiewohl die Schädigung ja nicht unschuldige Opfer betraf, sondern einen Personenkreis, der durch seine Parteizugehörigkeit ein nationalsozialistisches Bollwerk vor und nach der Besetzung Österreichs bildete.

Die so auf zwei Fronten geführten Interventionen, die hauptsächlich die Honorierung der während der Nazibesetzung Österreichs begründeten dienst-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ansprüche betreffen, haben insofern einen Erfolg gezeitigt, als zwischen Bonn und Wien Verhandlungen zur Regelung dieser Rechtsansprüche beginnen werden.

Österreichs Beispiel macht Schule

Vor einem Linzer Geschworenengericht waren Franz Punzenberger, Johann Kapfer und Johann Berger angeklagt, am 8. Mai 1945 vier aus dem Konzentrationslager entlassene Häftlinge erschossen zu haben, als sie sich auf dem Heimweg befanden und in einer Scheune der Ortschaft Amberg, Gemeinde Engerwitzdorf, friedlich schliefen.

Die Angeklagten redeten sich vor Gericht anfangs auf Notwehr aus, später aber schoben sie die ganze Schuld auf einen gewissen Josef Kahler, einen KZ-Capo aus dem Lager Gusen, der in Amberg einen Selbstschutz aufgezogen hatte. So unfaßbar es auch war — das Linzer Gericht hielt es für gegeben, daß den Angeklagten die Mordabsicht nicht nachzuweisen war. Dabei hatte die Bäuerin, die Eigentümerin der Scheune, ausgesagt, daß sie die Angeklagten gebeten habe, den schlafenden KZlern nichts zuleide zu tun, weil sie ihr sogar bei der Arbeit geholfen haben.

Die Angeklagten wurden freigesprochen; der von den Angeklagten als Täter belastete Josef Kahler, der sich in Deutschland befindet, wurde dort wegen Mordes gesucht.

Nun stand dieser Josef Kahler am 24. April vor einem Schwurgericht in Regensburg. Auch er wurde von den Geschworenen nicht als schuldig befunden, da laut Meinung des Gerichtes „nach dreizehn Jahren die Vorgänge in einer turbulenten Zeit nicht mehr einwandfrei rekonstruiert werden können".

In der Urteilsbegründung wurde des weiteren festgestellt, daß es nicht am Platze wäre, den Angeklagten Kahler zu verurteilen, da die an dieser Tat mitschuldigen Österreicher im vorigen Jahr von einem Linzer Gericht freigesprochen worden seien.

Im Licht beider Urteile ist für den Tod von vier unschuldigen friedlichen Häftlingen, die erschöpft durch die KZ-Leiden, ausgehungert in einer Scheune übernachtet haben, also niemand verantwortlich.

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder in ihrem Landessekretariat zum Beitritt an.

Opferfürsorgerenten – Erfordernis der Antragstellung

Die Versorgungsleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz sind durch Anmeldung geltend zu machen. Mit wenigen Ausnahmen sind die beantragten Leistungen vom Ersten des Monates zuzuerkennen, in dem der Anspruch geltend gemacht wurde. Dem Zeitpunkt, in dem der Anspruch angemeldet wurde, kommt daher eine maßgebende Bedeutung zu. Da die Rentenleistungen keinen einheitlichen Versorgungsanspruch darstellen, sondern sich oft aus mehreren Einzelansprüchen zusammensetzen (zum Beispiel Opferrente, Unterhaltsrente, Erziehungsbeiträge, Pflegezulage usw.), erleiden versorgungsberechtigte Personen dann einen Nachteil, wenn sie nicht gleichzeitig die Gewährung aller ihnen zustehenden Leistungen beantragen.

Um Nachteile für die Antragsteller zu vermeiden, hat daher das Bundesministerium für soziale Verwaltung unter Zl. IV — 46.663 — 21/58 die Ämter der Landesregierungen angewiesen, die Antragsteller nach dem Opferfürsorgegesetz nach Möglichkeit davor zu schützen, daß ihnen aus der Unkenntnis einzelner gesetzlicher Vorschriften Rechtsnachteile erwachsen. Wenn zum Beispiel bei der Durchführung des Verfahrens erkennbar ist, daß Rentenwerber es offenbar übersehen haben, ihnen voraussichtlich zustehende Leistungen (zum Beispiel Unterhaltsrente, Erziehungsbeiträge, Frauenzulage usw.) mittels besonderen Antrages geltend zu machen, werden Vorsprachen von Antragstellern, Zwischenerledigungen oder sonstige Gelegenheiten zum Anlaß zu nehmen sein, diese Antragsteller auf die eventuell notwendige weitere Antragstellung aufmerksam zu machen.

Im übrigen darf das Erfordernis einer besonderen Antragstellung nicht formalistisch aufgefaßt werden*.

Enthält zum Beispiel eine Verschlimmerungsanzeige die Behauptung, daß die Pflege durch eine andere Person notwendig ist, dann ist diese Verschlimmerungsanzeige auch als Antrag auf Pflegezulage zu behandeln. Sendet ein Empfänger einer Unterhaltsrente seine Heiratsurkunde oder die Geburtsurkunde eines Kindes ein, dann wird darin ein Antrag auf Gewährung von Frauenzulage oder eines Erziehungsbeitrages zu erblicken sein. Ein mit dem Verlust oder der Minderung des Einkommens begründeter Antrag eines Opfers oder einer Witwe auf Erhöhung der Rente wird als Antrag auf Gewährung von Unterhaltsrente aufzufassen sein, auch wenn der Ausdruck „Unterhaltsrente" im Antrag nicht verwendet wird.

Durch diesen Schritt des Bundesministeriums für soziale Verwaltung werden sicher viele Härten vom Anbeginn an zu vermeiden sein, da „von Amts wegen" auf die gesetzlichen Rechte hinzuweisen ist, auch wenn einem Antragsteller nicht der gesamte Umfang seiner Ansprüche bekannt sein sollte.

Berechtigung der Forderungen der Häftlinge von Blechhammer und Günthergrube

Am 31. März ist das Abkommen in Kraft getreten, nach dem sich die IG-Farben in Liquidation verpflichten mußte, denjenigen ehemaligen Häftlingen von Auschwitz, die sie zur Sklavenarbeit unter der ständigen Drohung des Todes in den Gaskammern gezwungen hatten, eine Entschädigung zu zahlen. Nunmehr wird mit der Überprüfung der Ansprüche begonnen.

Bisher hat sich die IG-Farben geweigert, die Berechtigung der Forderungen derjenigen Häftlinge anzuerkennen, die in den Außenlagern Blechhammer und Günthergrube arbeiten mußten. Sie vertrat den Standpunkt, daß diese beiden Außenlager nicht der IG-Farben unterstellt waren. Nunmehr hat das Internationale Auschwitz-Komitee in einem Londoner Archiv ein bisher unveröffentlichtes Protokoll über eine Aussage des ehemaligen Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Höss, ausfindig gemacht. In diesem Protokoll, das am 14. Mai 1946 in Nürnberg aufgenommen wurde, bezeichnet Höss Blechhammer mehrmals eindeutig als ein IG-Lager. Er stellt fest, daß seiner Erinnerung nach Dr. Buetefisch von der IG-Farben die Verantwortung für dieses Lager trug.

Höss spricht ferner in diesem Protokoll von drei Kohlengruben, die der IG-Farben unterstanden und in denen Häftlinge von Auschwitz arbeiten mußten. Bisher hat die IG-Farben nur Fürstengrube und Janinagrube als unter ihrer Leitung stehend anerkannt, Janinagrube auch erst, nachdem das Auschwitz-Komitee unwiderlegliche Beweise dafür vorgelegt hatte. Die Feststellung von Höss, daß der IG-Farben nicht nur diese zwei, sondern drei Kohlengruben gehörten, kann nur so verstanden werden, daß die IG-Farben auch die volle Verantwortung für Günthergrube trägt, was bisher von ihr bestritten wurde.

Wir halten es für notwendig, daß nunmehr die Forderungen der ehemaligen Häftlinge von Blechhammer und Günthergrube anerkannt werden. Es scheint uns billig, daß für ehemalige Häftlinge dieser beiden Außenlager, deren Ansprüche bisher abgewiesen worden waren, neuerlich eine Frist zur Anmeldung von Ansprüchen eröffnet wird. Da es sich um eine geringe Zahl von Überlebenden handelt, so würde eine solche neuerliche Fristeröffnung keinesfalls die Überprüfung der bisherigen Ansprüche und die Auszahlung der Entschädigung verzögern.

Wie bereits mitgeteilt*, hat die IG-Farben, die seinerzeit allen ausländischen Anspruchsberechtigten geschrieben hatte, daß sie erst nach dem 31. Juli 1958 Einrede wegen Verjährung erheben werde, diesen Termin willkürlich vorverlegt. Sie berief sich dabei auf eine Zustimmung des Bundesjustizministeriums in Bonn. Das Bundesjustizministerium der Bundesrepublik Deutschland hat auf Anfrage allerdings am 21. März 1958 unter anderem wörtlich erklärt:

„... zu der konkreten Frage, wann die Verjährung der in Frage stehenden Ansprüche tatsächlich eingetreten ist, hat das Bundesministerium nicht Stellung genommen. Die angeführte Stelle aus dem Schreiben der IG-Farben vom 13. Februar 1958 geht also, soweit sie das Bundesjustizministerium erwähnt, in ihrem Wortlaut zu weit."

Eine Befreiungsmedaille für Widerstandskämpfer

Wie wir erfahren, prüfen Regierungsstellen die Frage, wie den Widerstandskämpfern für ihre Verdienste um die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs sichtbar gedankt werden könnte.

Das Parlament hat im Jahre 1946 die Schaffung einer österreichischen Befreiungsmedaille beschlossen. Aber das damalige Gesetz wurde praktisch nicht angewendet, und es gestattet auch kaum, die Verdienste von österreichischen Widerstandskämpfern, die ihr Leben für die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich riskiert haben, gebührend zu würdigen.

Deshalb hat Vizekanzler Dr. Pittermann nun angeregt, eine Novelle zu dem Gesetz ausarbeiten zu lassen, nach der die Befreiungsmedaille Widerstandskämpfern verliehen werden kann.

Derzeit sind Regierungsstellen mit den Vorarbeiten für eine solche Novelle beschäftigt. In anderen Ländern, zum Beispiel in Frankreich und Belgien, wurden Ehrenzeichen für Teilnehmer an den Widerstandskämpfen schon vor langer Zeit geschaffen. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß auch in Österreich die Verdienste jener sichtbaren Ausdruck finden, die sich mit Mut und Tatkraft im Kampf um die Wiederherstellung der unabhängigen und demokratischen Republik Österreich bewährt haben. Ihnen gleichzustellen sind jene, die im Oktober 1950 bei der Abwehr des kommunistischen Putschversuches ihre Treue zum demokratischen Österreich bewiesen haben.

* Vgl. die Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes vom 19. Mai 1954, Zl. 2963/51, und vom 29. November 1955, Zl. 3123/54.

* Vgl. „Der sozialistische Kämpfer", Nr. 1—3, Jänner—März 1953. S. 28.

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Innere Stadt

Jahresversammlung. Die diesjährige Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe fand am 19. März statt. Die Tagesordnung umfaßte fünf Punkte: 1. Berichte; 2. Wahl des Wahlkomitees; 3. Neuwahl; 4. Referat des Genossen Zalda; 5. Allfälliges.

Der Vorsitzende, Genosse Heinrich Fischer, gedachte der im Jahre 1957 verstorbenen Genossen und ging in die Tagesordnung ein. Es wurde sowohl vom Vorsitzenden als auch vom Referenten, Genossen Zalda, über die Ereignisse des Jahres 1958 gesprochen.

Bei der Neuwahl wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Heinrich Fischer
2. Obmann: Genosse Emil Osterseher;
Kassier und Karteiführer: Genosse Otto Konrad;
Schriftführer: Genossin Josefine Feichtinger;
Kontrolle: Die Genossen Viktor Graber und Hans Brügl;
Opferfürsorgereferent: Genosse Heinrich Fischer;
Beisitzer: Genosse David Korn;
Delegierte in die Landes- und Bundeskonferenzen: Die Genossen Heinrich Fischer, Otto Konrad und Hans Brügl;
Delegierter in die Bundeshauptversammlung: Genosse Heinrich Fischer;
Delegierter zu den Bezirkskonferenzen und Bezirksausschüssen der SPÖ Innere Stadt: Genosse Otto Konrad.

Vor der Neuwahl beantragte die Kontrolle die Entlastung des scheidenden Ausschusses. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nach der Abstimmung dankte Genosse Heinrich Fischer namens der gewählten Genossen für das dem Ausschuß abermals geschenkte Vertrauen und schloß die Versammlung.

Leopoldstadt

Jahresversammlung. Die diesjährige Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe fand am 17. März 1958 um 19.30 Uhr statt. Genosse Hikker hielt für die Verstorbenen einen Nachruf, der von den Versammelten stehend angehört wurde. Dann begrüßte er die Anwesenden, unter ihnen besonders die Genossen Erber und Pleyer, den Genossen Losert vom Bundesvorstand, den Genossen Czermak vom Überwachungsausschuß und die Genossin Öhl vom Frauenkomitee. Er gab bekannt, daß ein Wahlkomitee, bestehend aus den Genossen Maschek und Schmidt, vorgeschlagen wurde und ersucht um die Beglaubigung dieser Genossen. (Einstimmig angenommen.) Sodann gibt er dem Genossen Coudek das Wort zur Berichterstattung.

Genosse Coudek berichtet, daß im vergangenen Jahr zwei Ereignisse besonders hervorzuheben wären: Die Bundespräsidentenwahl, an der sich die meisten Mitglieder aktiv beteiligten, und die 11. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, die viele unserer Hoffnungen erfüllt hat. Im Berichtsjahr wurden 5 Obmännerkonferenzen, 3 Mitgliederversammlungen und 7 Ausschußsitzungen abgehalten. Es gab 14 Sprechtage, die von durchschnittlich 5 Personen besucht wurden. Genosse Coudek bedankte sich dann bei Genossen Konrad, der nun im 1. Bezirk arbeitet, für seine hervorragende Mitarbeit, und begrüßte den eben gekommenen Genossen Skritek sowie Genossin Schlinger.

Den Kassenbericht erstattete Genosse Müller, während für die Kontrolle Genosse Kriß angab, daß die Kasse wiederholt kontrolliert und in Ordnung befunden wurde. Genosse Kriß beantragte die Entlastung für den Ausschuß und den Kassier. (Einstimmig angenommen.)

Im Auftrag des Wahlkomitees schlug sodann Genosse Maschek folgende Genossen für den Ausschuß vor:

1. Obmann: Genosse Fritz Coudek;
2. Obmann: Genosse Heinrich Hikker;
1. Kassier: Genosse Fritz Müller;
2. Kassier: Genossin Elisabeth Strudl;
1. Schriftführer: Genossin Elisabeth Strudl;
2. Schriftführer: Genossin Paula Sofka;
Kontrolle: Die Genossen Ernst Kohn und Stanislaus Koiß;
Beisitzer: Genosse Hubert Hladey.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen. Genosse Coudek versprach, im folgenden Jahr weiter mit voller Kraft zu arbeiten.

Nun hielt Genosse Krell ein Referat über „Das deutsche Bundesgesetz für Entschädigung als Grundlage für unsere Forderung zur Wiedergutmachung". Die Wiedergutmachung ist bei uns noch nicht durchgesetzt worden, denn die Wiedergutmachung setzt sich aus Rückstellung plus Entschädigung für erlittene Verluste zusammen. Die Rückstellung ist wohl schon durchgeführt worden, soweit es sich um feststellbare Schäden handelt. Bei der Rückstellung wurde die Erbfolge eingeschränkt, und aus dem erblosen Vermögen sollte ein Fonds gegründet werden, der zur Begleichung von Ansprüchen herangezogen werden soll, die sonst nicht erfüllbar wären. Unsere Partei setzt sich dafür ein, und Genosse Pittermann hat sich in Salzburg dafür ausgesprochen. Es soll ein eigenes Gesetz für politisch Verfolgte geschaffen werden. In Artikel 23 verzichtet Österreich auf Entschädigung durch Deutschland; also müßte es gegenüber seinen Bürgern herangezogen werden. Das deutsche Gesetz ist sehr gut. Es zahlt für Schäden an Leben, an Gesundheitsschädigung, an Freiheitsbeschränkung, Schaden an Gut und Eigentum. Bis heute haben etwa 1,300.000 Personen Ansprüche gemeldet, und es sollen bis jetzt bei 4 Milliarden Mark ausbezahlt worden sein. Genosse Krell wandte sich an die Versammelten, sie sollten die Erfüllung der Forderungen weiter vorantreiben.

Überreicher Beifall dankte dem Vortragenden für seine Ausführungen. Nachher folgten künstlerische Vorträge unter dem Titel „Heiterer Klang — Schönes Wort", ausgeführt von Rose Hummel, Rudolf Tuma, Roland Hecke, Dr. Anton Stipka und Prof. Wageneder, die sehr gut gefielen.

Margareten

Jahresversammlung. Unsere Jahresversammlung, die am 11. Februar 1958 stattgefunden hat, eröffnete Genosse Heigelmayr mit der Begrüßung der erschienenen Mitglieder und des gesamten Ausschusses als auch der Bezirksvorstehung.

Nach dem Gedenken an die Toten des Jahres 1957 gab Genosse Heigelmayr einen ausführlichen Überblick über die Tätigkeit des Ausschusses, wobei er die Tätigkeit unseres Kassiers Genossen Karpfen in bezug auf seine unermüdliche Arbeit besonders hervorhob.

Ins Wahlkomitee wurden die Genossen Honicek, Emanovsky und Haderer gewählt.

Während sich das Wahlkomitee zur Beratung zurückzog, hielt Genosse Sailer ein Referat und gab einen Überblick über politische Geschehnisse vom Jahre 1918 bis zum heutigen Tag, insbesondere brachte er den Kampf der Schutzbündler im Jahre 1934 in Erinnerung. Der Vortrag wurde mit gebührender Aufmerksamkeit aufgenommen.

Sodann fand die Wahl des neuen Ausschusses statt:

1. Obmann: Genosse Franz Heigelmayr;
2. Obmann: Genosse Ernst Hein;
3. Obmann: Genosse Viktor Knoll;
Kassier: Genosse Artur Karpfen;
Schriftführer: Genosse Julius Werner;
Kontrolle: Die Genossen Hans Nosko und Hans Smetana;
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Hans Knoll, Karpfen, Werner;
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Heigelmayr, Knoll, Karpfen, Werner, Nosko, Smetana;
In den Bezirksausschuß der SPÖ: Genosse Karpfen;
Zur Bezirkskonferenz: Die Genossen Karpfen und Werner.

Um 20.30 Uhr schloß Genosse Heigelmayr die Generalversammlung mit dem Versprechen, daß der neugewählte Ausschuß auch im kommenden Jahr seine Tätigkeit erfolgreich gestalten wird.

Neubau

Jahresversammlung. Die diesjährige Jahresversammlung fand am Freitag, dem 4. April, um 19.30 Uhr statt. Die Tagesordnung umfaßte vier Referate:

1. Berichte: a) des Obmannes; b) des Kassiers; c) der Kontrolle. 2. Neuwahl. 3. Referat des Genossen Robert Blau über „Probleme der Wiedergutmachung". 4. Allfälliges.

Genosse Jeindl begrüßte die anwesenden Genossinnen und Genossen sowie die Gäste und legte die Tagesordnung zur Genehmigung vor.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurden die Toten geehrt, die im Berichtsjahr zu Grabe getragen wurden.

Genosse Binder begrüßte die Jahresversammlung namens der Bezirksorganisation Neubau.

Genosse Jeindl berichtete dann über das abgelaufene Vereinsjahr und stellte fest, daß die Arbeit in 12 Sitzungen vorbereitet worden war. Die Beratung der Freiheitskämpfer wurde von vielen Genossen in Anspruch genommen.

Die Gedenkfeier am 12. Februar wurde gemeinsam mit der SJ abgehalten, und am 1. November wurde, wie alljährlich, der Schweigemarsch zum Mahnmal durchgeführt. Weiter nahmen die Freiheitskämpfer an allen Veranstaltungen der Bezirksorganisation Neubau teil. Dann folgte der Bericht des Kassiers.

Die Kontrolle überprüfte alle Belege und fand sie in Ordnung. Der Antrag auf Entlastung des Ausschusses und der Kontrolle wurde einstimmig angenommen.

Für das Wahlkomitee wurde die Genossin Helene Paschkes sowie die Genossen Julius Frankel und Erwin Sommer vorgeschlagen. (Einstimmig angenommen.)

1. Obmann: Genosse Willy Jeindl;
2. Obmann: Genossin Betty Strnadl;
1. Kassier: Genosse Josef Mahr;
2. Kassier: Genossin Betty Spitzer;
1. Schriftführer: Genossin Karin Groß;
2. Schriftführer: Genosse Sommer;
Kontrolle: Genossin Lina Richter.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Dann begrüßte Genosse Blau die Jahresversammlung namens des Bundesvorstandes und führte aus:

Das Opferfürsorgegesetz wurde 1945 als Provisorium beschlossen, eine endgültige Lösung wurde bis jetzt noch immer nicht gefunden. In der heurigen Parlamentsession soll es nun zu einer endgültigen Lösung für alle Geschädigten der letzten Zeit kommen. Genosse Mark sicherte uns zu, daß die politisch Geschädigten zu ihrem Recht kommen werden. Als Vorbild für die österreichische Gesetzgebung gilt das Deutsche Bundesentschädigungsgesetz. Wir hoffen, daß in nächster Zeit das Gesetz beschlossen wird. Zum Schluß klärte Genosse Blau die Genossen noch über Rechte und Vergünstigungen des OFG auf.

Genosse Jeindl dankte dem Genossen Blau für sein vorzügliches Referat.

Dann stellte Genosse Jeindl den Antrag, die Jahresversammlung nur alle zwei Jahre durchzuführen, denn es ist sehr schwer, die Genossen für eine Jahresversammlung zu aktivieren. Der Antrag wurde mit einer Gegenstimme angenommen. Genossin Strnadl wurde als Delegierte in den Bezirksausschuß entsandt.

Die Sitzung wurde nach abschließenden Worten des Obmannes um 22.15 Uhr geschlossen.

Alsergrund

Jahresversammlung. Die diesjährige Jahresversammlung fand am 21. Februar 1958 um 19 Uhr im Saal der Kinderfreunde, IX, Marktgasse 2, statt.

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien

werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Genosse Kubiczek eröffnete um 19.30 Uhr die Jahresversammlung und begrüßte den Bezirksobmann Genossen Dinstl, den Bezirksvorsteher Genossen Rajnoha und den Referenten Genossen Krell sowie alle Mitglieder.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Obmann Genosse Kubiczek der Toten des Jahres 1957 und der Opfer des Faschismus. Er berichtete, daß nach Abgeltung der Haft- und Beamtenentschädigung das Interesse der Mitglieder an den verschiedenen Vorkommnissen merklich gesunken sei. Er teilte weiter mit, daß im Jahre 1957 50 Sprechabende in der Bezirksgruppe stattgefunden haben, an denen den Mitgliedern mit Rat und Tat geholfen wurde und alle gewünschten Auskünfte erteilt wurden.

Die Bezirksgruppe hat sich mit Delegationen an den Veranstaltungen am 12. Februar, 1. Mai und zu Allerseelen beteiligt.

Dann brachte Genosse Mörzinger den Kassenbericht, und Genosse Winterstein brachte den Bericht der Kontrolle. Der Antrag, dem scheidenden Ausschuß das Absolutorium zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Nach der Abstimmung brachte Genosse Swoboda namens des Wahlkomitees folgenden Wahlvorschlag, der einstimmig angenommen wurde:

1. Obmann: Genosse Josef Kubiczek;
2. Obmann: Genosse Johann Platz;
1. Schriftführer: Genosse Heinrich Salz;
1. Kassier: Genosse Hans Mörzinger;
Kontrolle: Die Genossen Richard Winterstein und Franz Filip;
1. Katasterführer: Genosse Franz Lawetzky;
Beisitzer: Die Genossin Josefine Beyer sowie die Genossen Leopold Brünnler, Max Altmann und Johann Niederle.

Nun erstattete Genosse Wilhelm Krell von der Bundesleitung ein Referat über „Das deutsche Wiedergutmachungsgesetz im Vergleich zum „österreichischen Opferfürsorgegesetz". Das hervorragende Referat löste eine größere Diskussion aus. Genosse Kubiczek dankte dem Referenten für seine hervorragenden Ausführungen. Abschließend wurde der schöne Farbfilm „Safari" vorgeführt und die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Simmering

Johann Gral †. Es ist nun fast ein Jahr her, daß Genosse Johann Gral von uns gegangen ist. Es wäre unmöglich, das Leben dieses treuen Genossen zu schildern, und Genosse Svetelsky hat das bei seiner Gedenkrede im Krematorium ganz richtig zum Ausdruck gebracht, als er sagte, daß der Kampf der österreichischen Arbeiterklasse in dem Leben unseres Genossen Johann Gral seinen Niederschlag gefunden hat. Alles, was die Arbeiterklasse an der Wende dieses Jahrhunderts zu erdulden hatte, beschwerte die Kindheit und die Jugend unseres Genossen Gral, und doch oder vielleicht gerade deshalb, wurde er zum glühenden Verfechter der Rechte der arbeitenden Menschen. Es gibt keine Stunde im Leben unseres Verstorbenen, die nicht in den Dienst unserer Sache gestellt war. Und als im Jahre 1934 die Partei verboten worden war, da stand er mit den Genossen zur Abwehr bereit, nicht darauf achtend, daß er seine Freiheit oder sein Leben einsetzte.

Alle Verfolgungen in der Zeit von 1934 bis 1945 hatte er zu erdulden, aber nichts konnte seinen Freiheitswillen brechen, und es war für ihn, als die Barbarei zu Ende ging, eine Selbstverständlichkeit, dort weiterzuarbeiten, wo ihm und der österreichischen Arbeiterschaft in des Wortes vollster Bedeutung die Arbeit aus der Hand geschlagen wurde. Genosse Gral war ein bescheidener Mensch; aber wo immer Menschen in Not waren, dort konnte man ihn finden. Jeder, der ihn gekannt hat, hat einen Freund verloren, und die Partei, die Gewerkschaft und wir Freiheitskämpfer einen ihrer treuesten Kämpfer. Ehre seinem Angedenken. Niemals vergessen!

Meidling

Jahresversammlung. Unsere Jahresversammlung wurde am 25. Februar 1958 abgehalten. Nach den Berichten des Obmannes, des Kassiers und der Kontrolle fanden die Neuwahlen statt.

Es wurden gewählt:

1. Obmann: Genosse Johannes Cäsar;
2. Obmann: Genossin Helene Gabriel;
Kassier: Genosse Anton Kräuter;
Schriftführer: Genosse Karl Swoboda;
Kontrolle: Die Genossen Paul Grabatsch und Franz Malek.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Der gesamte Ausschuß.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Genossin Helene Gabriel und die Genossen Anton Kräuter, Franz Malek, Paul Grabatsch.

Nach den Neuwahlen brachten wir einen sehr schönen Farblichtbildervortrag, „Heimat, wie bist du schön", der allgemeinen Beifall fand.

Auch konnten wir unserem Freund und Genossen Totzauer zu seinem 90. Geburtstag und seiner Frau zu ihrem 84. Geburtstag gratulieren.

*

Ein herzlicher Glückwunsch. Unser Genosse Totzauer beging in bester Laune und ungebrochener politischer Arbeitsfreude am 31. Jänner 1958 seinen 90. Geburtstag. Genosse Totzauer, der übrigens schon im Jahre 1954 seine diamantene

Hochzeit hat feiern können, ist ein bewährter Kämpfer für unsere Sache und ein treues Mitglied unseres Bundes.

Dem Geburtstagskind gelten die aufrichtigen und herzlichen Glückwünsche aller unserer Genossen in der Bezirksgruppe und in der Partei. „Freundschaft!" lieber Genosse Totzauer.

„Der sozialistische Kämpfer" schließt sich der Reihe der Gratulanten ebenfalls an.

Rudolfsheim-Fünfhaus

Jahresversammlung. Am Montag, dem 10. März 1958, fand um 19 Uhr im Arbeiterheim, XV, Hackengasse 13, die Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt. Nach dem Bericht des Obmannes, der ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurde, erfolgte die Neuwahl des Bezirksgruppenausschusses. Genosse Ansorge als Obmann des Wahlkomitees erstattete den Wahlvorschlag:

1. Obmann: Genosse Rudolf Fiedler;
2. Obmann: Genosse Karl Holoubek;
Kassier: Genosse Josef Müller;
Fürsorgereferenten: Die Genossen Anton Matourek und Hans Herz;
Schriftführer Genosse Moritz Kuhn;
Kontrolle: Die Genossen Leo Mistinger und Franz Graczoll.

Der Wahlvorschlag wurde zur Kenntnis genommen und die genannten Genossen einstimmig gewählt.

Anschließend hielt Genossin Rudolfine Muhr ein äußerst beifällig aufgenommenes Referat über das zu schaffende Wiedergutmachungsgesetz und andere aktuelle Fragen der Freiheitskämpfer. Nachdem noch die Referentin zu allen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung genommen hatte, schloß der Obmann um 21 Uhr die sehr gut besuchte Versammlung.

Penzing

Jahresversammlung. Die diesjährige Jahresversammlung wurde am 17. Jänner 1958 im Arbeiterheim Penzing abgehalten. Genosse Glück erstattete den Jahresbericht. Anschließend hielt Nationalrat Genosse Scheiblin ein Referat über die Zukunft des Sozialismus, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde.

In den neuen Ausschuß wurden die Genossen Fritz Glück, Raimund Litawsky, Heinrich Reiterer, Klement Traxler und Hans Jeschek gewählt.

Ottakring

Jahresversammlung. Am 30. Jänner 1958 fand im provisorischen Ottakringer Arbeiterheim in der Liebhartsgasse die Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt.

Die zahlreich erschienenen Mitglieder gaben der Tagesordnung ihre Zustimmung, und der Obmann, Genosse Friedrich Eibicht, konnte den Referenten, Genossen Blau, den Bezirksvorsteher, Genossen Scholz, und die Versammlung begrüßen; entschuldigt waren die Genossin Moik und Genosse Kysela.

Genosse Scholz sprach namens der Bezirksleitung der SPÖ zur Versammlung. Er dankte den sozialistischen Freiheitskämpfern für ihre Arbeit in der Vergangenheit und bat sie, auch in Zukunft ihren Mann zu stellen.

Als erster berichtete Genosse Eibicht über die geleistete Arbeit in der Bezirksgruppe. Er gab besonders seiner Freude über die gelungene Bundespräsidentenwahl Ausdruck. Auf Ersuchen des Genossen Eibicht wurde das Wahlkomitee, bestehend aus den Genossen Emma Leitelmayer, R. Grasgruber und Kaluska, bestätigt.

Der Berichterstatter erwähnte die besondere Hilfe, welche die Bezirksgruppe vom Bezirk und den Sektionen erhält, und bat den Genossen Scholz, in der nächsten Sitzung den Dank der Bezirksgruppe auszudrücken; Genosse Scholz erklärte sich gern dazu bereit. Mit dem Appell, alle Kräfte für die Partei einzusetzen, schloß Genosse Eibicht seinen Bericht.

Erfreulich war der Bericht des Kassiers, Genossen J. Grasgruber; zeigte doch die Kassa einen kleinen Überschuß. Und so konnte die Kontrolle den Antrag auf Entlastung stellen; dieser wurde einstimmig angenommen.

Der Obmann des Wahlkomitees, Genosse Kaluska, brachte den Wahlvorschlag, der folgende Genossen enthielt:

1. Obmann: Genosse Friedrich Eibicht;
2. Obmann: Genosse Franz Linnert;
1. Kassier: Genosse Josef Grasgruber;
2. Kassier: Genosse Hans Röschl;
1. Schriftführer: Genosse Gustav Hagner;
2. Schriftführer: Genosse Ludwig Tuma;
Kontrolle: Die Genossen Leopold Herzog und Franz Segulin;
Delegierte zur Bezirkskonferenz: Die Genossen Eibicht und Tuma;
Delegierter zum Bezirksausschuß: Genosse Linnert;
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Eibicht, Grasgruber, Hagner, Herzog, Leitelmayer, Linnert, Röschl und Tuma;
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Eibicht, Grasgruber, Hagner, Linnert und Pokorny.

Über die Obmänner wurde einzeln abgestimmt, über die übrigen Mitglieder des Ausschusses en bloc; alle wurden einstimmig unter dem Beifall der Versammlung gewählt.

Genosse Eibicht dankte im Namen der gewählten Genossen für das Vertrauen und versprach, wie bisher alles zu tun zum Wohle der Bezirksgruppe.

Genosse Blau überbrachte die Grüße des Bundesvorstandes und sprach über die Ziele und Aufgaben des Bundes. Er streifte den historischen Februar 1934, die illegalen Arbeiten, den Einmarsch der deutschen Soldateska in Österreich, die Eingliederung in das Deutsche Reich und die Verfolgung und Einkerkerung aufrechter Sozialisten und Demokraten. Der Redner erläuterte das deutsche Wiedergutmachungsgesetz sehr ausführlich, und die anschließende Diskussion zeigte, wie treffend das Referat war. Es gab daher reichlichen Beifall.

Als Abschluß wurde der ausgezeichnete finnische Dokumentarfilm „Der unbekannte Soldat" gezeigt.

Hernals

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Hernals hielt am 12. Februar 1958 im Arbeiterheim Hernals die Jahresversammlung ab.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Obmann, Genosse Robert Blau, der verstorbenen Mitglieder Hermine Jiricek, Franz Kluger, Adolf Schlesinger und Alexander Wallner.

Genosse Karl Brosch gedachte in eindrucksvoller Weise der Helden und Märtyrer des Februar 1934 und schloß mit dem Gelöbnis, daß auch wir jederzeit für Freiheit, Menschenwürde und Demokratie eintreten würden.

Der Obmann berichtete dann über die Tätigkeit in den Jahren 1956 und 1957, da in Hernals nur jedes zweite Jahr eine Jahresversammlung durchgeführt wird.

Die Einrichtung, daß der Mitgliedsbeitrag jederzeit im Sekretariat der Bezirksorganisation entrichtet werden, und Rat und Auskünfte bei Genossen Blau ebenfalls jederzeit im Fürsorgeamt eingeholt werden konnten, wirkte sich sehr gut aus. Viele Mitglieder machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die Bezirksgruppe betreute im Rahmen des internationalen Treffens im April 1956 eine Gruppe deutscher Gäste. Die Bezirksorganisation und die Gastfreundschaft der Mitglieder unterstützten sie hiebei bestens.

Der Bericht des Obmannes und der anschließende Bericht des Kassiers wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen und der Antrag der Kontrolle auf Entlastung des scheidenden Ausschusses einstimmig angenommen.

Die Neuwahlen ergaben die einstimmige Wahl folgender Genossinnen und Genossen:

1. Obmann: Genosse Robert Blau;
2. Obmann: Genosse Karl Brosch;
Kassier: Genossin Hermine Kinder;
Schriftführer: Genossin Johanna Resler;
Beisitzer: Die Genossen Karl Panek und Friedrich Bock;
Kontrolle: Die Genossen Hugo Kohn und Willibald Kal.

Das Hauptreferat hielt das Mitglied des Bundesvorstandes, Genosse Wilhelm Krell, über die aktuelle Frage des Wiedergutmachungsgesetzes. Der Referent schilderte die Entwicklung seit 1945 und definierte den Begriff der Wiedergutmachung, der in Rückstellung und Entschädigung zerfällt; er stellte fest, daß auf beiden Gebieten bisher nur ungenügende gesetzliche Maßnahmen getroffen wurden. Ein Studium der westdeutschen Gesetzgebung, besonders des deutschen Bundesentschädigungsgesetzes, macht deutlich, was auf diesem Gebiet noch durchzuführen ist.

Der Abschluß des Staatsvertrages und der Verzicht der Republik Österreich im Namen seiner Staatsbürger auf eine Wiedergutmachung durch Westdeutschland für Schädigungen des Nationalsozialismus ergab eine neue Situation und hat Österreich die Verpflichtung auferlegt, nunmehr selbst diese Wiedergutmachung durchzuführen.

Verschiedene Äußerungen führender Politiker haben diese Verpflichtung auch bejaht und unterstrichen, und es laufen bereits Parteienverhandlungen. Es liegt nunmehr auch an der Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes, an dem Nachdruck und der Unterstützung der gesamten Mitglieder, wie diese Wiedergutmachung aussehen wird. Von der Jahresversammlung in Hernals müßte eine Welle von Versammlungen ausgehen und den mit der Verhandlung befaßten Genossen die Gewißheit und der feste Rückhalt gegeben werden, daß diese brennende Frage allen Genossen, egal, ob sie selbst Ansprüche zu erheben haben oder nicht, derzeit das Wichtigste und Dringlichste ist. Das kommende Entschädigungsgesetz wird die Wiedergutmachung abschließen, und jeder Fehler oder Mangel wird kaum wieder ausgemerzt werden können.

Der Referent zitierte die Präambel und die Einleitung des Motivenberichtes des BEG wörtlich und schloß mit den Worten: „Möge auch unser Entschädigungsgesetz in diesem Geiste beraten und beschlossen werden und die Durchführung in dem gleichen Geiste gehandhabt werden."

Der begeisterte Beifall der Versammlung dankte dem Redner für seine ausgezeichneten Ausführungen und bewies, daß alle Teilnehmer genau verstanden hatten, daß wir vor einer wichtigen Entscheidung stehen, die jeder einzelne zu unterstützen und zu fördern hat.

Mit dem Dank an die beiden Redner des Abends, die Genossen Brosch und Krell, und einem Appell an die Mitglieder, aktiv an den Bestrebungen unseres Bundes teilzunehmen, schloß Genosse Blau die Versammlung.

*

Ferdinand Hahn †. Unser treues Mitglied Genosse Ferdinand Hahn ist am 17. Februar 1958 im 84. Lebensjahr gestorben. Genosse Hahn war bis zuletzt noch aktiver Mitarbeiter der 11. Sektion unseres Bezirkes und auch der Hernalser Arbeitersänger. Er war in Mischehe verheiratet, und seine Gattin Josefa war eine jener treuen und tapferen Gefährtinnen, die dem Gatten auch in den Jahren der Verfolgung zur Seite stand, ihn schützte und ihm damit das Leben rettete.

Am Freitag, dem 21. Februar, war das Begräbnis. Es war dies jener Tag, an dem seine Gattin und er den 25. Hochzeitstag gefeiert hätten. Leider konnte dieses allseits so geschätzte und beliebte Ehepaar, dessen vorbildliche Ehe allen Stürmen getrotzt hatte, diesen Ehrentag nicht mehr gemeinsam feiern; die treue Gattin mußte am Grabe vom geliebten Gefährten Abschied nehmen.

Im Namen der Bezirksorganisation Hernals der Sektion und unseres Bundes überbrachte Genosse Blau dem Dahingegangenen an seiner Bahre die letzten Freundschaftsgrüße. „Niemals vergessen!"

Währing

Jahresversammlung. Unsere Jahresversammlung wurde am 2. Mai um 19.30 Uhr im kleinen Saal des Arbeiterheims Währing abgehalten. Den Vorsitz führte der Obmann der Bezirksgruppe Genosse Viktor Fleischmann. Er schlug folgende Tagesordnung vor.

1. Berichte; 2. Wahlen; 3. Referate des Genossen Robert Blau.

Die Tagesordnung wurde ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

Vor Eingang in die Tagesordnung hielt der Vorsitzende einen tief empfundenen Nachruf für die verstorbenen Mitglieder der Bezirksgruppe Friedrich Gerstl, Therese Bauer und Josef Papouschek. Dem Nachruf folgte eine Schweigeminute.

Der Obmann der Bezirksorganisation Währing der SPÖ, Genosse Rudolf Sigmund, begrüßte die Erschienenen und wünschte der Organisation die besten Erfolge.

Obmann Genosse Fleischmann gab den Tatigkeitsbericht. Die Wahrung der materiellen Interessen der Mitglieder erforderte 33 Interventionen bei Behörden, zur Durchführung aller Agenden waren 48 Sprechstunden und 4 Sitzungen notwendig. Der Obmann gab anläßlich des zehnjährigen Bestandes der Bezirksgruppe einen kurzen Überblick über ihren Werdegang seit der Liquidation des ehemaligen KZ-Verbandes.

Genossin Margarethe Löw erstattete den Kassenbericht, Genosse Hans Slovencic teilte namens der Kontrolle mit, daß Belege, Barmittel und Marken geprüft und in Ordnung befunden wurden. Die Kontrolle bemängelte nur das Fehlen jeglicher Aufzeichnungen über die vielen Interventionen. Genosse Slovencic beantragte, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde ein Wahlkomitee nominiert, das aus den Genossen Jurik, Sicka und Pascher bestand. Nach kurzer Beratung wurde folgender Wahlvorschlag erstattet:

1. Obmann: Genosse Viktor Fleischmann;
2. Obmann: Genosse Adolf Adler;
1. Kassier: Genossin Margarete Löw;
2. Kassier: Genosse Rudolf Grassinger;
Schriftführer: Genosse Franz Pavelka;
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Genossin Margarethe Löw und Genosse Viktor Fleischmann;
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Genossin Margarete Löw und die Genossen Viktor Fleischmann und Franz Pavelka.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen. Per Akklamation wurde die Kontrolle gewählt, und zwar die Genossen Hans Slovencic und Josef Pinteritsch.

Dann hielt Genosse Robert Blau ein Referat über „Die deutschen Wiedergutmachungsgesetze als Grundlage unserer Forderungen". In ausführlicher Weise schildert der Referent die verschiedenen Interessengruppen. mit ihren materiellen Ansprüchen, den Stand der Verhandlungen zwischen den politischen Parteien über dieses Problem und die Wirkungen des Staatsvertrages. Das Referat fand den Beifall aller Anwesenden. In der anschließenden Debatte sprachen die Genossen Weinmann, Jurik und Pavelka.

Mit der Aufforderung zur regen Mitarbeit schloß der Vorsitzende um 21.15 Uhr die Versammlung.

*

Josef Papouschek †. Am 30. April standen wir zum letzten Male vor dem, was sterblich an ihm war. Und wahrlich, es war kein leichtes Sterben mit seinen 77 Jahren; jahrelang zog sich das Siechtum hin.

Was die Arbeiterbewegung mit ihm verlor, wie sein Wirken, sein ganzes Leben mit dieser verbunden war, das würdigte der Obmann der Bezirksorganisation unserer Partei in ergreifenden Worten des Dankes.

In der Tat. Durch die vielen Jahrzehnte, von frühester Jugend an, gab es keinen Zweig der Arbeiterbewegung. wo Genosse Papouschek nicht durch längere Zeit tätig gewesen wäre. Es begann in der Sturm-und-Drang-Periode der Gewerkschaften, um die Wende des Jahrhunderts. und setzte sich fort in emsiger Kleinarbeit in Genossenschaften, Kulturorganisationen und vor allem aber in der Partei selbst. Er war ein Beispiel an Selbstlosigkeit, Hingabe und Disziplin und einer der fähigsten Köpfe im Leben unserer Organisation. Die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit — das war sein Leben bis an das Ende seiner Tage.

Es soll auch hier seine Leistung in der Sozialversicherung nicht vergessen werden, deren Angestellter er seit Jahrzehnten war. Eine Reihe von Reformen sind seiner Initiative zuzuschreiben, und bedeutende Sozialwissenschaftler des In- und Auslandes haben das gebührend anerkannt.

Das war also der Mann Papouschek. Daß dieser, Anno 1934, den Apparatschiki der Millimetterniche im Wege stand und als politisch verdächtig galt, ist eine Selbstverständlichkeit. Und so schickte man ihn in die Wüste der Administrativpension. wegen „Mangels an Beweisen". Die verschiedenen Polizeiarreste saß er auf der Rasierklinge ab, um lustig und guter Dinge weiter zu „wühlen", um weiterzuhelfen, dem Faschismus den Garaus zu machen.

Und so war er 1945 wieder bereit, wenn auch mit geschwächter Gesundheit. in alter Treue und Energie in der Arbeiterbewegung weiterzuwerken, was immer auch geschah Er gehörte mehr denn je zu uns und wurde nun auch unser Mitglied. das redlich seine Pflichten erfüllte und stets jedem mit Rat und Tat helfend zur Seite stand. wo immer es not tat. Er war ein Kämpfer für Fortschritt und Freiheit! Ehre seinem Angedenken!

Wir werden ihn niemals vergessen!

Döbling

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe hielt ihre Jahresversammlung am 18. Februar 1958 unter dem Vorsitz ihres Obmannes, Genossen Haas, ab. Nach Begrußung der zahlreich erschienenen Mitglieder und der Referentin, Genossin Rosa Jochmann, erstattete er den Jahresbericht.

Aus diesem war zu ersehen, daß im Berichtsjahr fünf Ausschußsitzungen, eine Sprengelkassierezusammenkunft und eine Mitgliederversammlung abgenalten wurden. An den Zentralgedenkfeiern und Gräberbesuchen nahmen Delegierte unserer Bezirksgruppe teil. Am 1. Mai marschierten unsere Mitglieder als geschlossene Gruppe mit dem Bezirkszug mit. Am 10. Februar wurde eine Gedenkfeier für die Februaropfer gemeinsam mit der Bezirks- und Bildungsorganisation abgehalten.

Das Opferfürsorgereferat, geleitet von den Genossen Haas und Metzl, wurde an 45 Sprechabenden von den Genossinnen und Genossen in Anspruch genommen. Die Novellierung des Opferfürsorgegesetzes und das Naziamnestie-Rückgabegesetz brachten einige Mehrarbeit.

Wichtige Aufgaben sind noch zu erfüllen: Kampf gegen Faschismus und Diktatur jeglicher Art, Wiedergutmachungen, Sorge für die Opfer der Diktatur.

Die nach dem Referat erfolgten Neuwahlen ergaben die einstimmige Wahl des neuen Vorstandes. Folgende Genossinnen und Genossen wurden gewählt:

1. Obmann: Genosse Johann Haas;
2. Obmann: Genossin Maria Zaunstöck;
Kassier: Genosse Ernst Nemschitz;
1. Schriftführer: Oskar Passauer;
2. Schriftführer: Genossin Anna Zachata;
Kontrolle: Die Genossen Georg Metzl und Friedrich Pfundl;
Delegierte für die Bundeshauptversammlung: Die Genossen Johann Haas, Oskar Passauer und Ernst Nemschitz.

Nach Erledigung der Tagesordnung besprach Genossin Rosa Jochmann in gewohnt lebendiger Weise unter anderem die Ursachen der Februarereignisse und unsere heutige Situation. Ihre Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Eine Anfrage des Genossen Tröstl wurde beantwortet. Dann dankte Genosse Haas allen Anwesenden und schloß die Versammlung.

*

Josef Hahn †. Genosse Josef Hahn, ein aufrechter Sozialist und kompromißloser Freiheitskämpfer, ist am 1. Mai auf dem Wege zur Rathaus-Maifeier plötzlich verschieden. Als Betriebsratsobmann der Wiener Molkerei wurde er seinerzeit wegen seiner Uberzeugung gemaßregelt.

Wir gedenken seiner in tiefer Ehrfurcht. Niemals vergessen!

Brigittenau

Jahresversammlung. Wir haben am 2. Mai 1958 unsere Jahresversammlung abgehalten, bei der folgende Genossen in den neuen Ausschuß gewählt wurden:

1. Obmann: Genosse Johann Kaps;
2. Obmann und geschäftsführender Obmann: Genosse Alois Waschek;
3. Obmann: Genossin Erna Soucek;
Kassier: Genosse Josef Jellinek;
Schriftführer: Genosse Franz Oberdammer;
Kastasterführer: Genossin Erna Soucek;
Kontrolle: Genossen Johann Bartonek und Willibald Schaden.

Bei unserer Jahresversammlung, die sehr gut besucht war, hielt Genosse Ernst Hein das Referat. Anschließend führten wir den Film „5 Minuten nach 12 Uhr" vor.

Die Diskussion über das Referat des Genossen Hein wurde nicht abgehalten und beschlossen, 14 Tage später eine Mitgliederversammlung einzuberufen, bei der Genosse Hein den Mitgliedern Gelegenheit geben wird, ausführlich zu diskutieren.

*

Vor zwanzig Jahren. Im Rahmen einer Gedenkfeier in der Brigittenau sprach am 13. März Genosse Dr. Emil Maurer und beschwor das tragische Bild jener düsteren Tage des März 1938 herauf, an denen die nationalsozialistische Zwangsherrschaft in Österreich begann.

Der Redner spannte zunächst einen weiten Bogen, beginnend mit der Auflösung des Parlaments im Frühjahr 1933, den Februarereignissen 1934, bis zum nationalsozialistischen Umbruch in Österreich und zum Einmarsch der deutschen Truppen.

Es ergab sich sehr bald eine Lage, in der die politischen Gegner von einst, Angehörige der Heimwehr und der Vaterländischen Front auf der einen und der Sozialdemokratischen Partei auf der anderen Seite, einander als Leidensgenossen im KZ begegneten. Genosse Dr. Maurer schilderte das Inferno von Dachau, wohin er selbst am 1. April 1938 mit dem sogenannten „politischen Transport" deportiert wurde. Er schilderte aber auch die beispielhafte Kameradschaft unter den politischen Häftlingen, unbeschadet ihrer früheren Parteizugehörigkeit.

„Ich selbst und die meisten meiner KZ-Kameraden von Dachau haben jedoch trotz aller Erniedrigungen. trotz aller Pein und trotzdem wir täglich mitansehen mußten, wie billig ein Menschenleben ist", sagte Genosse Dr. Maurer. „niemals die Hoffnung verloren, daß die Stunde der Freiheit wieder kommen und die düstere Nacht der nationalsozialistischen Barbarei zu Ende gehen wird."

„Wir müssen", sagte der Redner, „aus der Zeit der Verfolgung die richtigen Lehren ziehen. Wir dürfen diese Zeit niemals vergessen, wir alle müssen immer dafür kämpfen — ein jeder dort, wo sein Platz ist —, daß solche Zeiten niemals wiederkehren. Wir müssen dafür kämpfen, daß die heranwachsende Generation. daß unsere Kinder und Kindeskinder ein Leben in Frieden und Freiheit, ein Leben in Würde führen können!"

Nach dem Vortrag Dr. Maurers wurde der Dokumentarfilm „Nacht und Nebel" gezeigt. Die aus der Tiefe eigenen Erlebens kommenden Worte des Vortragenden waren für das zahlreiche Publikum die rechte seelische Vorbereitung auf die grauenhaften Bilder des Dokumentarfilms.

Der Vortrag, dem die Zuhörer mit angehaltenem Atem, voll sichtlichem Gefühl und Verständnis für die Tragik des Geschehens gefolgt waren, hinterließ, ebenso wie der Film, den nachhaltigsten Eindruck.

Floridsdorf

Jahresversammlung. Am 1. März hielt die Bezirksgruppe Floridsdorf ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Der Bezirksobmann Genosse Blei begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder recht herzlich. Insbesondere den Referenten Genossen Robert Blau vom Bundesvorstand sowie Genossin Hedy Lehnert und Genossen Josef Kohl. Genossin Rosa Jochmann, die bei einer Tagung in Antwerpen weilte, entschuldigte sich mit einem recht herzlichen Brief an alle unsere Mitglieder und betonte darin, daß sie es sehr bedaure, nicht unter uns weilen zu können und wünschte unserer Tagung besten Erfolg. Entschuldigt hatten sich die Genossen Franz Jonas, Anton Tuschl, Oskar Schlinger, Franz Donnerth, Heinrich Litschauer und Anton Masak. Die beiden letztgenannten Genossen befanden sich im Floridsdorfer Krankenhaus; die Jahresversammlung wünschte ihnen baldige Genesung und entbietet recht herzliche Grüße.

Nach Bekanntgabe und Genehmigung der Tagesordnung hielt Genosse Blei den verstorbenen Mitgliedern der Bezirksgruppe, den Genossen Käthe Grohsmann, Karl Pucher, Stefan Watz, Alois Stockhammer und Johann Vretscher, einen tiefempfundenen Nachruf und gelobte, ihrer niemals zu vergessen.

Zum Punkt 1 unserer Tagesordnung ergriff der Schriftführer Genosse Rechovsky das Wort. Er verlas das Protokoll der letzten Jahresversammlung, das von den Mitgliedern in seiner Gänze mit großem Beifall zur Kenntnis genommen wurde.

Darauf erstattete Obmann Genosse Blei den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr. Besonders hob er die letzte Arbeit des Bezirksausschusses hervor, für unsere Mitglieder gemeinsam mit der Parteiorganisation des Bezirkes am 17. Mai 1958 eine Fahrt ins KZ Mauthausen durchzuführen.

Anschließend brachte Genosse Bübl den Kassen- und Katasterbericht.

Nach dem Bericht der Kontrolle, den Genosse Sturm brachte, wurde dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt.

In das Wahlkomitee wurden folgende Genossen vorgeschlagen und gewählt: Richard Grohs, Johann Meidlinger und Johann Simar.

Nun folgte das Referat des Genossen Blau. Er sprach über das neue Entschädigungsgesetz, das noch heuer im Parlament beschlossen werden soll. Er betonte, daß diese Arbeit große Anforderungen an unsere Genossen im Parlament stellen wird und wünschte, daß es ein gutes Gesetz für unsere Opfer werden wird. Die Ausführungen des Genossen Blau wurden mit großem Beifall zur Kenntnis genommen.

Genosse Blei dankte dem Referenten für die aufklärenden und gut verständlichen Ausführungen im Namen der Anwesenden.

Hierauf brachte Genosse Grohs als Obmann des Wahlkomitees den Wahlvorschlag für den neuen Vorstand, der von der Jahresversammlung einstimmig angenommen wurde.

Es wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Karl Blei;
2. Obmann: Genosse Viktor Marsal;
1. Kassier: Genosse Karl Bübl:
2. Kassier: Genosse Richard Grohs;
1. Schriftführer: Genosse Franz Rechovsky;
2. Schriftführer: Genosse Viktor Marsal;
Opferfürsorgereferent: Genosse Karl Blei;
Beisitzer: Die Genossen Heinrich Litschauer und Johann Meidlinger;
Kontrolle: Genossin Barbara Berthold sowie die Genossen Rudolf Sturm und Ferdinand Huschka.

Genosse Blei dankte sodann für das durch die Wiederwahl ausgesprochene Vertrauen und gelobte, auch weiterhin seine Kraft für die Interessen der Freiheitskämpfer einzusetzen.

Die Jahresversammlung wurde mit dem „Lied der Arbeit" abgeschlossen. Anschließend fand dann ein gemütliches Beisammensein der Mitglieder statt. Das Programm wurde von einem Schrammelquartett und einem Komiker durchgeführt. Es fand lebhaften Anklang bei den Genossinnen und Genossen und trug zur guten Stimmung bei.

*

Gedenkfeier im KZ Mauthausen. Am Samstag, dem 17. Mai, veranstalteten wir gemeinsam mit der Parteiorganisation des Bezirkes unter Mitwirkung des Genossen Josef Kohl mit 12 Autobussen (4 vom Gaswerk Leopoldau) eine Fahrt nach dem ehemaligen KZ Mauthausen zu einer Gedenkfeier.

Die Abfahrt erfolgte um 6 Uhr früh vom Hauptsammelplatz in Wien, XXI, Gerichtsgasse 1. In Amstetten wurde eine halbstündige Rast gemacht, und nachher ging es direkt bis nach Mauthausen.

An dieser Feier beteiligten sich auch Arbeiter und Angestellte des Gaswerkes Leopoldau, eine Gruppe von Angestellten des E-Werkes sowie je eine Gruppe der Sozialistischen und gewerkschaftlichen Jugend. Außerdem nahmen die Linzer Genossen vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer mit ungefähr 200 Personen unter Führung der Genossen Jakubetz, Fuchs und Nejedli sowie die Steyrer mit 100 Genossen, an ihrer Spitze Genosse Manzenreiter, teil. Auch sehr viele Mauthausener mit Bürgermeister Genossen Hochgatterer waren auf dem Appellplatz erschienen. Die Marktgemeinde hatte an diesem Tag Flaggenschmuck angelegt.

Der Aufmarsch vom Garagenhof über die Lagerstraße zum Appellplatz wurde vom Linzer Genossen Fuchs in nachstehender Reihenfolge organisiert:

1. Jugendliche Kränzeträger.
2. Alle mitgebrachten Organisationsfahnen.
3. Die sozialistische und gewerkschaftliche Jugendgruppe.
4. Die Funktionäre des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer sowie alle anwesenden Mandatare.
5. Die Teilnehmer der Bezirksorganisation, des Gaswerkes Leopoldau und der E-Werk-Angestellten.
6. Die Genossen aus Linz und Steyr.

Den Abschluß des Zuges bildete die Bevölkerung von Mauthausen.

Am Mahnmal auf dem Appellplatz, zu dessen beiden Seiten je eine Ölfackel brannte, wurden als Symbol des Gedenkens vier Kränze (Bund sozialistischer Freiheitskämpfer — Bezirksgruppe Floridsdorf, Bezirksorganisation Floridsdorf, Linzer Freiheitskämpfer und Gemeinde Mauthausen) niedergelegt.

Genosse Kohl begrüßte namens der Bezirksorganisation die weit mehr als tausend Genossinnen und Genossen und ersuchte Nationalrat Genossen Aigner aus Linz, die Gedenkrede zu halten.

Genosse Aigner betonte unter anderem, daß in diesem KZ mehr als 100.000 Menschen aus aller Herren Ländern schwere Leiden und Qualen erdulden mußten, nur weil sie der Gewalt getrotzt und an die Freiheit geglaubt hatten. An die junge Generation appellierte er aber, die Freiheit und die Demokratie immer hochzuhalten, damit sich Terror und Greuel nicht wiederholen können.

Nach dieser Kundgebung wurde von den Linzer Freiheitskämpfern am Gedenkstein für den im Lager hingemordeten Genossen Richard Bernaschek ein Kranz niedergelegt.

Anschließend sprach Genosse Klarl von der Wiener Berufsfeuerwehr zu den Lagerführungen einleitende Worte über die Geschichte des KZs, und forderte die Genossinnen und Genossen auf, richtig zu hören und zu sehen, was ihnen die Führer der einzelnen Gruppen — es sind dies Wiener Berufsfeuerwehrleute, die alle ehemalige Häftlinge dieses Lagers waren — über das grausame Regime der SS-Lagerleitung zu sagen haben. Und es fiel diesen zehn Genossen nicht leicht, so große Gruppen gewissenhaft durch das Lager zu führen, ohne dabei die gegebenen Zusammenhänge zu verlieren. Den zehn Genossen der Wiener Berufsfeuerwehr sei für die gut gelungenen Führungen an dieser Stelle gedankt

Um 16 Uhr wurde die Rückfahrt angetreten und nach einer kleineren Zwischenrast programmgemäß zwischen 21.30 und 22 Uhr beendet.

Durch das einwandfreie Funktionieren der Organisation konnte diese Veranstaltung würdig und zur Zufriedenheit der Teilnehmer abgewickelt werden. Der Bürgermeister von Mauthausen, Genosse Hochgatterer, hat durch seine persönliche Initiative sehr viel zum Gelingen beigetragen. Er war es, der im Arbeiterheim und bei acht Gastwirten von Mauthausen für Menüs zum Einheitspreis von 12 S sorgte, daß die Gendarmerie die Autobuskolonne von der Bundesstraße bei Ennsdorf bis ins KZ-Lager lotste und außerdem den Ordnungsdienst versah. Wir wollen ihm und den Gendarmen von dieser Stelle aus unseren herzlichsten Dank aussprechen.

Nicht unerwähnt soll die Vorarbeit bleiben, die zum Gelingen der Fahrt zur Gedenkfeier beitrug. Diese Arbeiten nahmen einige Wochen in Anspruch und wurden von den Genossen Gemeinderat Josef Kohl, unserem Obmann Karl Blei sowie den Mitarbeitern Viktor Marsal, Karl Bübl, Josef Brazdovicz und Wilhelm Klarl durchgeführt. Den zwei Arbeitersamaritern, die sich zur Betreuung der teilnehmenden Genossinnen und Genossen bei dieser Fahrt zur Verfügung stellten, sagen wir hier ebenfalls unseren besten Dank.

*

Februargedenkfeier. Am 16. Februar 1958 hielt die Bezirksgruppe Floridsdorf wie alljährlich ihre Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus ab. Diesesmal auf dem Stammersdorfer Friedhof um 10 Uhr am Grabe des Genossen Alois Stockhammer. Als Bezirksobmann der Bezirksgruppe Floridsdorf begrüßte Genosse Blei die erschienenen Genossinnen und Genossen im Namen der Freiheitskämpfer und hielt die Gedenkrede.

Er betonte, daß wir zusammengekommen seien, um derer zu gedenken, die im Februar 1934 vom grünen Faschismus hingerichtet oder in den Kerker geworfen wurden. In seinen weiteren Ausführungen sagte er, jedes Jahr um dieselbe Zeit würden Stimmen laut, daß man endlich einmal unter die Ereignisse des Februar 1934 einen Schlußstrich ziehen und an den Gräbern alte Wunden nicht mehr aufreißen solle. Diesen aus dem bürgerlichen Lager kommenden Rufern möchte er ganz entschieden zurufen, daß alle Menschen, die sich zur Demokratie und zur Republik bekennen, und für die einzutreten sie jederzeit bereit sind, Zeiten, in denen die Freiheit und die Demokratie mit Füßen getreten wurden, niemals vergessen können. Man muß immer wieder an diese Zeiten erinnern! Zur Warnung an alle, die sich nach einer solchen Zeit zurücksehnen und zur Mahnung an die arbeitenden Menschen, daß sie nie erlahmen mögen in dem Bestreben, die Freiheit und die Demokratie zu erhalten.

Deshalb ist es immer wieder notwendig, das Bekenntnis zu der Idee zu erneuern, von welcher die unvergeßlichen Helden des 12. Februar 1934 erfüllt waren. In einem ungleichen Kampf für die gerechte Sache sind sie gefallen. Sie wurden ermordet oder eingekerkert. Sie haben verzweifelt und anscheinend erfolglos gekämpft. Viele lange bittere Jahre der Not und des Leidens mußten vergehen, ehe wieder die Stunde der Freiheit schlug.

Und deshalb sind wir es den Opfern von damals schuldig, daß wir ihrer gedenken, weil auch sie für unsere Freiheit gestorben sind. Ihr Opfer soll nicht vergebens gewesen sein. Als Symbol des Gedenkens wollen wir hier an der Grabstätte des Genossen Stockhammer einen Kranz niederlegen und zum Zeichen der Trauer um unsere Helden die Fahne senken und wieder geloben, sie niemals zu vergessen.

Zum Schluß dankte Genosse Blei für die zahlreiche Teilnahme an dieser Feier, und er schloß sie mit unserem Gelöbnis „Niemals vergessen!" und unserem Gruß „Freundschaft!"

Donaustadt

Rosa Vogt †. Genossin Rosa Vogt ist nicht mehr. Ein hartes Proletarierleben hat damit seinen Abschluß gefunden. Sie wurde ihrem Wunsche gemäß den Flammen übergeben. Arm an Freuden, reich an schweren Schicksalsschlägen war ihr Leben.

Das tragische Schicksal begann im Februar 1934. Ihr Mann, Genosse Karl Vogt, ein Kämpfer vom Karl-Marx-Hof, mußte in die Emigration. Er war den Schergen entwischt — doch als Rache wurde seine Familie, Genossin Vogt mit ihrem Sohn, aus der Wohnung im Karl-Mar-Hof vertrieben. So war sie gezwungen, ihrem Manne nach Rußland zu folgen, denn sie konnte in der Heimat weder Arbeit noch Unterkunft finden.

Genosse Karl Vogt gab als Interbrigadist sein Leben für die Freiheit auf Spaniens blutdurchtränkter Erde. Nun war sie in der unendlichen Weite Rußlands ganz allein. Gealtert und krank, kam Genossin Vogt 1945 in ihre österreichische Heimat zurück. Seit der Gründung unseres Bundes gehörte die Verblichene unseren Reihen an. Treu, still und bescheiden diente sie der Sache des Sozialismus und war in mehreren Organisationen Mitarbeiterin.

Wir werden ihrer immer in Treue gedenken. Niemals vergessen!

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Landeshauptversammlung. Am 14. Juni hat die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Niederösterreich stattgefunden. Auf unserer Jahreshauptversammlung waren insgesamt dreizehn Bezirksgruppen vertreten. Genosse Mark referierte über die Entschädigungsgesetze und die damit zusammenhängende und von uns angestrengte 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz.

In den Landesvorstand wurden gewählt:

1. Obmann: Genosse Rudolf Appel, Krems an der Donau;
2. Obmann: Genosse Rudolf Ziegelwagner, St. Pölten;
1. Kassier: Genosse Hubert Paschinger, Lilienfeld;
2. Kassier: Genosse Karl Heller, Schrems (Bezirk Gmünd);
1. Schriftführer: Genosse Franz Kernpüller, Mödling;
2. Schriftführer: Genosse Josef Peitzinger, Neunkirchen;
Kontrolle: Genossen Karl Rieder, Wiener Neustadt, und Hans Wimmer, Stockerau.

Für die Bundeshauptversammlung wurden die vorgenannten Genossen zu Delegierten gewählt und zusätzlich noch die Genossen Leo Lesjak, Gmünd, Karl Klinger, Amstetten, und Hellerschmied, Neunkirchen. Von den Vertretern der einzelnen Bezirksgruppen wurde es begrüßt, daß nun auch im Rahmen des Landesverbandes eine größere Aktivität und bessere Betreuung der Mitglieder eintreten wird.

Im Berichtsjahr wurden 198 Interventionen durch den Landesverband durchgeführt, wovon 160 positiv erledigt werden konnten.

An der für das kommende Jahr in Aussicht genommenen Gedenkfeier in Wöllersdorf wird sich der Landesverband besonders rege beteiligen. Schließlich wurde beschlossen, jene Opfer des Faschismus zu erfassen, die zwar Mitglieder unserer Partei, aber noch nicht Mitglieder unseres Verbandes sind, wobei an die ehemaligen Schutzbündler gedacht ist. Weiter wurde auf die besonderen Möglichkeiten verwiesen, die es für unsere Mitglieder in Niederösterreich im Zusammenhang mit dem Opferfürsorgeabgabegesetz gibt. Zweifellos haben wir dadurch in Niederösterreich die Möglichkeit, unseren Mitgliedern finanziell Hilfe zu gewähren.

*

Mödling. Alois Rapp †. Die Bezirksgruppe Mödling betrauert das Ableben des Genossen Alois Rapp. Genosse Rapp, der schon vor 1934 als junger Mensch der Partei als Funktionär diente, führte seit 1945 die Lokalorganisation Gumpoldskirchen und vertrat sie auch im Bezirksausschuß. Als Weinbautreibender war er auch Bezirksobmann und Verbandsvorstandsmitglied des Arbeitsbauernbundes. Genosse Rapp war seit 1946 auch Vizebürgermeister von Gumpoldskirchen. Die Trauerfeier fand am 12. April in der Feuerhalle der Stadt Wien statt. Bürgermeister Josef Deutsch nahm in seiner Eigenschaft als Bezirksobmann der SPÖ von dem verdienstvollen Mitarbeiter Abschied. Für den Arbeitsbauernbund sprach Landtagsabgeordneter Genosse Tatzber Worte des Dankes und der Anerkennung. Die Genossin Floßmann und der Landesparteisekretär waren ebenfalls erschienen.

Die Beisetzung der Urne fand am 19. April in Gumpoldskirchen statt. Der Trauerzug bewegte sich in fast unübersehbarer Länge vom Trauerhaus durch die Badener Straße zum Rathaus, wo die Trauerfahne wehte. Die Urne wurde unter den feierlichen Klängen eines Chorals beim Rathaus für diese kurze Zeit abgestellt. Sodann bewegte sich der Zug durch die Wiener Straße weiter zum Ortsfriedhof. Umflorte Fahnen, viele Blumen und die Trauermusik der Eisenbahner- und der Klingerkapelle gaben dem langen Zug ein traurigfeierliches Gepräge. Viele Leute standen teilnehmend an den Straßenrändern Spalier. Auf dem Friedhof würdigte zunächst Bürgermeister Dr. Oswald die vielen Verdienste, die sich der Verstorbene als seinerzeitiger Ortsvorsteher und jetziger Vizebürgermeister um Gumpoldskirchen erworben hat.

Anschließend nahmen für die Eisenbahner Zentralausschußmitglied Genosse Schmölz und für den Arbeitsbauerbund Kammerrat Genosse Scherz von dem Verstorbenen Abschied. Lokalobmann Genosse Müller von der SPÖ Gumpoldskirchen dankte dem Dahingeschiedenen für die ersprießliche Arbeit, die er für die arbeitende Bevölkerung von Gumpoldskirchen geleistet hat. Zum Schluß nahm dann noch Genosse Stika für die SPÖ (Landesleitung und Bezirk) und als persönlicher Freund Alois Rapps Abschied. Mit dem „Lied der Arbeit" schloß die eindrucksvolle Trauerkundgebung.

Neunkirchen. Am 13. März wurde in Neunkirchen um 19.30 Uhr ein Mahnmal für die Opfer des Faschismus enthüllt.

Der Gemeinderat von Neunkirchen hat beschlossen, ein solches Mahnmal zu errichten. Das Mahnmal selbst ist ein geschliffener Naturstein und steht auf einem kleinen Sockel; es ist 130 cm lang, 95 cm hoch und 80 cm tief. Auf dem Stein ist eine Zementvase mit Blumen. Die Inschrift auf dem Stein lautet:

„Glaubst Du vor dem Schnitt zu sterben,
Sei nicht bange um die Frucht.
Kein Ertrag bleibt ohne Erben,
Keine Tat bleibt ungebucht."

Unterhalb des Spruches eine Inschrift: „Den Opfern des Faschismus ein ehrendes Gedenken 1934—1945."

Die Feier der Enthüllung war schlicht und einfach.

Gesprochen wurde ein Prolog, und zur Enthüllung sprach ein Vertreter unserer Organisation. Während der Enthüllung wurden mehrere Kränze niedergelegt.

Zu bemerken ist noch, daß unbelehrbare Nazis in unserer Stadt die Enthüllung zum Anlaß nahmen, bereits am Morgen des 13. März ein Flugblatt an einzelne Wohnparteien auszusenden.

*

St. Pölten. Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe. Sankt Pölten des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer hielt am 23. März 1958 im Gasthaus Lenk die diesjährige Jahresversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung hielt der Bezirksobmann und geschäftsführende Landesobmann der Landesorganisation Niederösterreich, Genosse Rudolf Ziegelwagner, einige Gedenkminuten für die verstorbenen Genossen des Bezirkes. Sodann begrüßte er die Referenten und die versammelten Genossen. Als erster Redner sprach Genosse Ludwig Hrebacka und dann Genosse Robert Blau. Genosse Hrebacka hielt ein sehr interessantes Referat über die gegenwärtige politische Lage und fand auch sehr treffende Worte für die Opfer des Faschismus; er appellierte an die Genossen, bei den kommenden Wahlen für unsere Sozialistische Partei zu kämpfen, nicht nachzulassen, ehe unsere schönen Ziele erreicht sind. Dadurch kommen auch die Opfer des Faschismus zu ihrem Recht.

Genosse Blau sprach über das Opferfürsorgegesetz in der jetzigen Fassung und berichtete über die deutsche Opferfürsorgegesetzgebung. Genosse Blau brachte auch sehr gute Beispiele dafür, wie manche Ämter in Österreich das Opferfürsorgegesetz handhaben. Die sehr gut besuchte Versammlung dankte beiden Referenten für die aufschlußreichen Referate.

Dann brachte Genosse Franz Heindl den Kassenbericht, und Genosse Stanislaus Kummer sprach für die Kontrolle. Genosse Kummer stellte den Antrag auf Entlastung des scheidenden Ausschusses; der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Dann wurden die Neuwahlen durchgeführt. Als Obmann für den Bezirk St. Pölten (Lilienfeld, Neulengbach, Wilhelmsburg, Herzogenburg) wurde wieder Genosse Rudolf Ziegelwagner gewählt.

Der Ausschuß setzt sich aus folgenden Genossinnen und Genossen zusammen:

1. Obmann: Genosse Rudolf Ziegelwagner;
2. Obmann: Genossin Gisela Steininger;
Schriftführer: Genossin Anny Neurath;
Kassier: Genosse Franz Heindl;
Kontrolle: Die Genossen Stanislaus Kummer und Kurt Hellerschmied;
Vertrauensmänner und Stellvertreter für sämtliche Bezirke die Genossen Hubert Paschinger, Johann Riediger, Ferdinand Kostal, Cyrill Loubal, Anton Rauschmayer, Josef Probst, Katharina Scholle und Karl Hellerschmied.

Für die Bundes- und Landeshauptversammlung wurden 8 Genossen bestimmt: 3 Genossen für die Bundeshauptversammlung, 5 Genossen für die Landeshauptversammlung. Zum Abschluß der Versammlung dankte der Obmann für die gute Zusammenarbeit und schloß mit Freundschaftsgruß die Versammlung um 18.30 Uhr.

ARBEITERBANK

AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 50 5 40 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37
Telephon B 26 0 91

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559
Linz: Weingartshofstraße 3, Telephon 27 8 78
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 9. September 1958

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1.	Werdertorgasse 9	Mi. 17 bis 18 Uhr
2.	Praterstraße 25 a	Jeden 1. Di. im Monat, Praterstern 1
3.	Landstraßer Hauptstraße 41	Fr. 18 bis 20 Uhr
4.	Wiedner Hauptstraße 60 b	Mo. 18 bis 19 Uhr
5.	Kohlgasse 27	Mi. 18 bis 19 Uhr
6.	Otto-Bauer-Gasse 9	Do. 19 bis 20 Uhr
7.	Neubaugasse 25	Jeden 1. Mi. im Monat, 18 bis 19 Uhr
8.	Josefstädter Straße 39	Do. 17 bis 18 Uhr
9.	Dreihackengasse 7	Mi. 17 bis 19 Uhr
10.	Laxenburger Straße 8/10, I.	Di. 17 bis 19 Uhr
11.	Simmeringer Hauptstraße 80	Jeden 2. u. 4. Mo. 18 bis 19 Uhr
12.	Ruckergasse 40	Mi. 18 bis 19 Uhr
13.	Hietzinger Hauptstraße 22	Jeden 1. u. 3. Di. im Monat, 18 bis 19 Uhr
14.	Linzer Straße 297	Fr. 17 bis 19 Uhr
15.	Hackengasse 13	Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr
16.	Liebhartsgasse 56	Do. 17 bis 19 Uhr
16.	Zagorskigasse 6	Do. 17.30 bis 19 Uhr
17.	Kalvarienberggasse 28 a, II/26	Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit
18.	Gentzgasse 62	Fr. 18 bis 20 Uhr
19.	Billrothstraße 48	Di. 17 bis 19 Uhr
20.	Raffaelgasse 11	Do. 18.30 bis 20 Uhr
21.	Prager Straße 9, 1. Stock	Mo. 17 bis 19 Uhr
22.	Donaufelder Straße 259	Mo. 18 bis 19 Uhr
23.	Liesing, Breitenfurter Straße 2	Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

9.	Berggasse 41, Parterre (Hausverwaltung)	Jeden 1. Do. 14 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

Mödling, Gewerkschaftsheim, Wiener Straße 2	Jeden Mo. u. Sa., 8.30 bis 11.30 Uhr
St. Pölten, Bezirksleitung, St. Pölten, Prandtauerstraße 4	Sa. 9 bis 12 Uhr

Burgenland:

Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 5	Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

Klagenfurt, Kammerbücherei der Arbeiterkammer, Bahnhofstraße 42, bei Genossin Lona Sablatnig und Genossen Eduard Goritschnig	Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

Linz, Landstraße 36, II. Stock Zimmer 24	Tägl. (außer Sa.), 9 bis 12 Uhr
Steyr, Damberggasse 2	Jeden 1. u. 3. Sa. im Monat, 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

Sprechstunden entfallen bis auf weiteres.

Steiermark:

Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 17	Mi. 17 bis 19 Uhr
Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim, Kirchplatz 5	

Tirol:

Innsbruck, Müllerstraße 30/I,	Bitte vorher telephonisch anfragen: Nr. 7 11 12.